

# Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder  
sowie der freien eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 42

Erscheint alle Sonnabende.  
Abonnementspreis M. 1.50 pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,  
Schmalenbuderstr. 17. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg,  
Sonnabend, 15. Oktober 1910.

Anzeigen kosten die viergespaltene Zeile  
oder deren Raum 40 Pfennig (der  
Betrag ist stets vorher einzusenden).  
Vereins-Anzeigen 20 Pfennig die Zeile.

24. Jahrg.

## Kollegen! Werbet Mitglieder, sorgt für weitere Stärkung des Verbandes!

### Der internationale Arbeitslosigkeits- kongress in Paris.

II.

Die Frage des Arbeitsnachweises findet in Deutschland seit der Errichtung der zu **K a m p f w e c k e n** bestimmten einseitigen Unternehmer-Nachweise besonderes Interesse. Sie ist seit den Enthüllungen über die Massen-auslagerung durch den Mannheimer Industriellen-Nachweis und der Gründung des Nachweises des Zeichenverbandes nicht mehr von der Lageordnung verschwunden und ist gerade in dieser Zeit wieder aktuell durch den Kampf des Metallarbeiterverbandes gegen den Leipziger Unternehmer-Nachweis. Wir deutschen Gewerkschafter sehen prinzipiell auf dem Boden der Frankfurter Resolution von 1899, „daß der Arbeitsnachweis den Arbeiterorganisationen gebührt“. Wir haben aber, die Undurchführbarkeit dieses Grundsatzes unter den gegenwärtigen Verhältnissen berücksichtigend, unsere Forderung darauf reduziert, daß den Arbeitern auf die Verwaltung der Arbeitsnachweise ein gebührender Einfluß gewährt werden muß. Wir bekämpfen deshalb die private Stellenvermittlung, wie die einseitig vom Unternehmeramt unterhaltene.

Sich über den Wert der fortwährenden Ueberwachung des Arbeitsmarktes und der raschen Befriedigung von Angebot und Nachfrage auszusprechen, kann man hier unterlassen. Darüber ist sich jeder klar. Und das auf dem Pariser Kongress gesprochene Wort: das ganze Problem der Arbeitslosigkeit sei eng verknüpft mit der Organisierung des Arbeitsmarktes, faßt diese Erkenntnis zusammen.

Die Erörterung der Arbeitsvermittlung ließ vor allem durchblicken, daß die einseitigen Unternehmernachweise und die private Stellenvermittlung allseitig abgelehnt wurden. Die überwiegende Mehrheit stellte sich strikte auf den Boden des öffentlichen, paritätischen Arbeitsnachweises. Selbst die bürgerlichen Redner betonten, daß der Arbeiter das Recht habe, beim Verlaufe seiner Arbeitskraft über die Bedingungen mitzubestimmen. Auch das von dem italienischen Arbeitsnachweispraktiker Dr. Schiavi erstattete Hauptreferat hält daran fest. Seine Ausführungen verdichteten sich zu den folgenden Grundsätzen:

Ein moderner Arbeitsnachweis muß technische Einrichtungen haben, die eine rasche, genaue und methodische Geschäftsführung ermöglichen. Besonders müssen alle Auskünfte systematisch geordnet werden, die über die technische Befähigung und den sittlichen Wert der Kandidaten orientieren. Die einzelnen Arbeitsnachweise müssen miteinander in Verbindung gesetzt oder vereinigt werden. Zur planmäßigen Ueberwachung des ganzen Marktes und zur Regelung von Angebot und Nachfrage auf breiter, interlokaler Grundlage müssen die Nachweisstellen gegenseitig die Bilanzverzeichnisse austauschen. Durch eine feste Organisation müssen sie ihre Vermittlungstätigkeit über das ganze Land ausdehnen. Als Organisationsprinzipien haben zu gelten: Unentgeltlichkeit, Neutralität (Verantwortung etwa bestehender Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern), paritätische Verwaltung durch Arbeiter und Unternehmer, geschäftsmäßiger Betrieb des Arbeitsnachweises. Seine Aufgabe ist, gesunde, arbeits- und leistungsfähige Arbeiter in Stellung zu bringen. Er sollte daher stets in enger Verbindung mit den Arbeitslosenklassen stehen. Nebenbei muß der Nachweis auch als Auskunftsstelle über Wyle, Arbeitshäuser, Werpflanzstationen usw. dienen.

Zur Sicherung der einheitlichen Geschäftsführung ist eine geordnete Ueberwachung, vorläufig vielleicht durch die Gewerbeinspektionen, nötig. Die Kosten haben bis auf weiteres Gemeinde und Provinz zu tragen und der Staat hat einen Zuschuß zu leisten. Die private Stellenvermittlung muß vorüberhand einer strengen Aufsicht unterstellt und sobald als

möglich ganz aufgehoben werden. Später müsse der Arbeitsnachweis von Land zu Land organisiert — oder vielmehr verbunden werden, um damit die große Basis für eine zuverlässige internationale Statistik zu gewinnen.

In der schweizerischen Organisation des Arbeitsnachweises sind diese Grundsätze schon im wesentlichen erfüllt. Die Zentralbilanzliste wird dort seit Jahren schon geführt, die Bahn gewährt zur Erleichterung der Ueberführung von Ort zu Ort 50 Proz. Preisnachlaß für Fahrkarten 3. Klasse. Die Leistungen des Staates werden für die erste Zeit auf 44 000 Fr. pro Jahr veranschlagt. Das erste größere staatliche Werk der Arbeitsvermittlung ist das vor etwa einem Jahre geschaffene Gesetz über die Arbeitsbörsen in England; diesen Arbeitsbörsen sollen sich im ferneren Verlaufe auch Arbeitslosenversicherungsklassen für gewisse Industrien angliedern. Jetzt haben die Börsen nichts von einer Unterstützungseinrichtung an sich. Auf die unentgeltlich geleibte Arbeitsvermittlung haben die Beteiligten noch keinen Einfluß; doch ist man jetzt dabei, für die Börsen paritätische Verwaltungsausschüsse zu schaffen. Bei Arbeitskämpfen wird Neutralität gewahrt, d. h. die Arbeitsuchenden werden von dem Bestehen und der Art der Differenzen in Kenntnis gesetzt. Den nach andern Orten vermittelten Personen werden die Reisekosten vorgeschossen. Das Gesetz zeigt, trotzdem es noch im Versuchsstadium steht, eine großzügige Anlage und alle Länder, das untätige Deutschland voran, müssen sich davor hüten, von unsrer Regierung ist außer Steuer- und Militärvorlagen nichts zu bekommen.

Wir fordern von der Gesetzgebung, wie Gen. Robert Schmitz ausführte, die Errichtung kommunaler Arbeitsnachweise, in deren Verwaltung Arbeiter und Unternehmer in gleicher Zahl wirken und die bei Streiks ihre Tätigkeit entweder einstellen oder die Arbeitsuchenden unterrichten. Die Unternehmernachweise sind zu verbieten und die private Stellenvermittlung zu unterdrücken.

Hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung haben wir in Deutschland ebenso nur kommunale tastende Versuche, wie wir auch den paritätischen öffentlichen Arbeitsnachweis nur in ganz wenig Städten antreffen. Alle Einrichtungen dieser Art sind, ausgenommen die verunglückte böhmische freiwillige Versicherungskasse, Zuschuß- oder Unterstützungsklassen, die sich mehr oder minder an das Genter System (Zuschuß an die gewerkschaftlichen Arbeitslosenklassen) anlehnen. Für diese Art der Arbeitslosenfürsorge sind durch die Einrichtungen der gewerkschaftlichen Arbeitslosenklassen die erforderlichen statistischen und organisatorischen Grundlagen gegeben. Für die vom Pariser Kongress angestrebte allgemeine öffentliche Arbeitslosenversicherung muß erst von den Regierungen durch die Organisierung der Statistik die Einführung des obligatorischen Arbeitsnachweises und durch den Willen zur Arbeitslosenversicherung die Grundlage geschaffen werden — und das wird noch sehr lange dauern. Eine derartige Versicherungseinrichtung muß von der Solidität, von dem Gemeinsein aller Mitglieder getragen sein. Der Mitgliederkörper der Gewerkschaften hat diese Qualitäten. Die Gewerkschaften haben durch die vorzügliche Organisation ihrer Unterstützungseinrichtungen und Kontrollmaßnahmen alle Voraussetzungen für eine angemessene Verwendung öffentlicher Beihilfen erfüllt und darum forderten deren Vertreter: Bis zur Durchführung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung sind nach Maßgabe des Genter Systems wenigstens diejenigen zu unterstützen, die durch ihre eigene Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit sich ein moralisches Anrecht auf öffentliche Beihilfe erworben haben. Diese Auffassung fand, Verständnis.

Der Kongress wollte der Arbeitslosenversicherung dadurch vorarbeiten, daß er die komplizierte Frage der Kontrolle der Arbeitslosen erörterte. Der Generalberichterstatter Dr. Falkenburg-Amsterdam betonte, daß sich die Kontrolle nicht nur auf die Lausache der Arbeitslosigkeit, sondern auch auf ihre Fortdauer und die

Unmöglichkeit, eine gebührend entlohnte und der früheren ähnliche Beschäftigung zu finden, erstrecken müsse. Die Kontrolle liegt in den Händen des Arbeitsnachweises. Die Arbeitslosen haben sich dort zur Kontrolle der Fortdauer der Beschäftigungslosigkeit täglich ein- oder zweimal zu melden zu einer Zeit, wo in ihrem Berufe regelmäßig gearbeitet wird. Der Arbeitslose gilt als Arbeitsuchender und hat jede ihm zugewiesene Beschäftigung anzunehmen; bei Differenzen entscheidet die Gewerkschaft, der der Betreffende angehört. Wo kein Arbeitsnachweis besteht, haben die Gewerkschaften dessen Funktion zu übernehmen. Die Kontrolle über die Ausübung dieser Funktion steht dem Arbeitsloseninspektor zu. Aus diesen nötigen Kontrollmaßnahmen zog dann der Referent den Schluß, daß die ganze Kontrollfrage an die Entwicklung des Arbeitsnachweises geknüpft ist, und zwar an die Entwicklung des öffentlichen, paritätisch geleiteten Nachweises. Im großen und ganzen waren die auch sonst noch aufgetauchten Vorschläge zu diesem Punkte das, was in den deutschen Gewerkschaften bereits praktisch geübt wird.

Hinsichtlich der Kostenbedeckung für die Arbeitslosenversicherung traten vielerlei Ansichten zutage. Ein Teil wollte die Kosten in derselben Weise beschafft haben, wie sie heute für die Arbeiterversicherung aufgebracht werden; diese Stimmen vertraten auch die Eingliederung der Arbeitslosenversicherung in die bestehende Arbeiterversicherung. Andre versuchten das nämliche, nur wollten sie die öffentlichen Gewalten stärker an der Kostenbedeckung beteiligen. Wieder andre forderten die Lastentragung durch Staat, Gemeinde und Unternehmer und wollten teilweise auch die Unternehmer, nach dem Grade der Verursachung der Arbeitslosigkeit (lange Arbeitszeit, Ueberstunden usw.), stärker herangezogen wissen.

All die bunten Vorschläge und Auslassungen würden praktisch nutzlos zersplittern, wenn der Kongress nicht in der Gründung der „Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, einer nach dem Vorbilde der „Internationalen Vereinigung für geschäftlichen Arbeiterschutz“ wirkenden Gesellschaft, eine Zustand geschaffen hätte, die die Verhandlungen des Kongresses kristallisieren und die in den verschiedenen Ländern wirkenden Bestrebungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zusammenfassen soll. Von da aus sollen dann alle die Arbeitslosigkeit betreffenden Auskünfte an die Interessenten vermittelt und spezielle Forschungen über gewisse Seiten des Problems angeregt werden. Besonders auch sollen von da aus Schritte bei den Organisationen und öffentlichen Behörden jedes Landes unternommen werden behufs Vornahme von vergleichbaren Statistiken oder gleichgerichteten Arbeiten, sowie eventuell von Abkommen oder Verträgen über die Arbeitslosenfrage.

Die Errichtung dieser Zentralstelle ist zweifellos das Hauptverdienst des Pariser Kongresses. Denn wir wissen: der Widerstand gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt, die Nebenart, daß die ausländische Konkurrenz diese Fortschritte zu einer Gefahr für die inländische Industrie mache, sind nur dadurch zu überwinden, daß man in allen Ländern gleichzeitig und gleichmäßig in gleicher Richtung vorrückt.

### Der Kampf auf den Seeschiffswerften beendet.

Auf der am 6. Oktober in Hamburg stattgefundenen Konferenz wurde von den Gewerkschaftsvertretern der auf den Seeschiffswerften beschäftigten Arbeiter beschlossen: „die Zugeständnisse der Werftbesitzer den Werftarbeitern aller Orte zur Annahme zu empfehlen.“

Die in Hamburg in den Streik getretenen Werftarbeiter beschlossen am 8. Oktober mit 2752 gegen 2473 Stimmen, dem Beschlusse der Konferenz zu entsprechen und am Montag den 10. Oktober die Arbeit wieder aufzunehmen. Die infolge dieses Streiks in den übrigen Werftorten ausgesperrten Arbeiter stimmten den gemachten Zugeständnissen bisher in Bremerhaven, Hensburg, Lübeck und Rostock gleichfalls zu.

Die hauptsächlichsten Zugeständnisse der Verhandlungskommission der Unternehmer sind:

Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche ab 1. Januar 1911. Dieses ergibt für die Hamburger Seeschiffswerften eine wöchentliche Arbeitszeit von 55 Stunden, für die übrigen Werftorte 56 Stunden. Der Ausgleich dieser Zeitverkürzung erfolgt durch eine weitere Zulage von 1 Pfg. auf den Stundenlohn.

Schaffung von Einstellungslohn für die einzelnen Arbeitergruppen. Der niedrigste Einstellungslohn für Volljährige beträgt in Hamburg 40 Pfg. pro Stunde. Alle Einstellungslohne werden um 2 Pfg. erhöht. Solche Einstellungslohne, welche dann noch unter 40 Pfg. stehen, werden auf diesen Satz gestellt. Alle übrigen Löhne erfahren sofort eine Aufbesserung von 2 Pfg. pro Stunde.

Dieselben Zugeständnisse machen die nicht-hamburgischen Werften der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften, jedoch mit der Einschränkung, daß der niedrigste Einstellungslohn für diese Werften der örtlichen Vereinbarung vorbehalten bleibt.

In der Alfordfrage sollen die im Jahre 1907 festgelegten Vereinbarungen auch ferner Geltung haben. Es sollen die Preise für möglichst alle Alford vor Uebernahme den Arbeitern bekannt gegeben werden. Grundätzlich werden die Alfordfäße auf allen Werften so gestellt, daß der Arbeiter bei fleißiger Arbeit einen seinen Lohn übersteigenden Verdienst erzielen kann. Alfordfäße, welche bei richtiger Angabe der auf die Ausfühung der Arbeit verwendeten Zeit keinen den Lohnsatz übersteigenden Verdienst belassen, sollen seitens der Werft richtiggestellt werden.

Bei Entlassung oder freiwilligem Austritt aus der Arbeit sind dem betreffenden Arbeiter etwaige Alfordüberschüsse unberührt auszuscheiden, wenn das Ausscheiden des Arbeiters stattfindet aus einer Alfordarbeit, die er sechs Wochen oder länger vor seinem Austritt begonnen hat.

Die Auszahlung des Alfordüberschusses erfolgt bei turen Alforden nach Fertigstellung derselben bei der nächsten Lohnzahlung. Es sollen möglichst kurze Alforden vergeben werden.

Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 25 Prozent für Nacht-, Sonn- und Festtagsarbeit ein solcher von 50 Prozent gezahlt. Diese festgesetzte Entschädigung wird sowohl bei Lohn- wie bei Alfordarbeit gezahlt.

Als Ueberstunden gelten die ersten beiden sich an die reguläre Arbeitszeit anschließenden Stunden, sowie das Arbeiten in den Pausen. Wird über diese beiden Stunden hinaus noch länger gearbeitet, so sind sämtliche Ueberstunden, auch die beiden ersten, als Nachstunden zu herhalten.

Bei Wchselescht wird die Nachschicht bei den Hamburger Werften nach bisheriger Übung mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt.

Die Arbeiter dürfen hintereinander nicht länger als zwei für die betreffende Werft üblichen Arbeitsschichten beschäftigt werden.

Die Lohnzahlungsperiode beträgt eine Woche. In Stettin wird diese mit dem 1. Januar 1911 durchgeföhrt. Von diesem Zeitpunkt ab erfolgt auf allen Werften die Lohnzahlung am Freitag.

Die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen sind von beiden Seiten streng einzuhalten.

Die Arbeiterausschüsse sind in der von den Arbeitern erwünschten Form gleichfalls zugestanden und soll die Verhältniswahl eingeföhrt werden.

Widersprechende Bestimmungen der Arbeitsordnung müssen mit den obigen Vereinbarungen in Einklang gebracht werden. Günstigere Arbeitsbedingungen sollen durch diese Vereinbarungen nicht beröhrt werden.

Die Arbeit wird auf allen Werften am Montag den 10. Oktober wieder aufgenommen. In den Werftorten sollen paritätische Kommissionen möglichst sofort zusammenreten, um die noch notwendigen Vereinbarungen für die einzelnen Orte in bezug auf Einstellungslohne zc. zu treffen, die Funktionäre der Verbände können hierzu delegiert werden. Unvollendet liegende geföhrene Alforden werden von den in Frage kommenden Arbeitern fertiggestellt und dafür noch ausstehende Beträge sichergestellt.

Die Streikenden und Ausgesperrten werden ohne Benutzung des Arbeitsnachweises und ohne ärztliche Untersuchung wieder eingestellt.

Ferner wurde vereinbart, daß nach Wiederaufnahme der Arbeit sofort mit der Hamburg-Amerika Linie verhandelt werden soll, um analog diesen Abmachungen auch dort Vereinbarungen herbeizuföhren. Dieses ist seitens der beteiligten Arbeiter abgelehnt, weil diese Gesellschaft 1907 ihr Versprechen nicht eingelöst hat und noch heute dort die 10stündige Arbeitszeit besteht. Die Arbeit soll dort erst dann aufgenommen werden, wenn die Vereinbarungen vorliegen.

Bei diesem Kampf der Werftarbeiter waren 654 Verursachter beteiligt. Ein wesentlicher Erfolg für die Werftarbeiter ist die Festsetzung von Einstellungslohn, deren unterste Grenze für Hamburg nunmehr 40 Pfg. beträgt. Wenn diese Norm noch nicht allgemein durchgeföhrt werden konnte, so ist dieses darauf zurückzuführen, daß nicht-hamburgische Werften teils noch Stundenlohne von 27 und 28 Pfg. zahlten. Auf dieser nunmehr geschaffenen Grundlage wird es möglich sein, fernerhin eine weitere Aufbesserung der Löhne leichter durchzuführen.

Selbst die für Hamburg festgesetzten Einstellungslohne stehen in keinem Verhältnisse zu den tatsächlichen Verdiensten. In der Mehrzahl werden die Arbeiter in Alford ausgeföhrt und weil gleichmäßige Alforden nur sehr selten wiederkehren, so ist die Kalkulation vollständig in die Hände der Meister gelegt, dadurch konnte die Gültigkeitswirtschaft auf den Werften auch nur solche Formen annehmen, die bei den Arbeitern zu einer großen Erbitterung föhrt, die aber auch von der Verhandlungskommission aufs entschiedenste verurteilt wurde.

Es war deshalb bei der Frage Alfordarbeit seitens der Arbeiter die Forderung aufgestellt, daß bei Alfordarbeit ihnen ein Ueberfluß von 33 1/2 Prozent garantiert werden möchte. Unsere Kollegen haben teils einen solchen von 40 und 50 Prozent. Die Vertreter des Gesamtverbandes der Metallindustriellen haben dieses Verlangen abgelehnt, weil nach ihrer Ansicht dieses eine fundamentale Forderung für sie bedeute und wodurch nach ihrer Auffassung jeder Alfordvertrag ausgegeben würde und dieses zum Tarifvertrag föhren müßte, der zurzeit für die deutsche Industrie noch verfehlt ist.

Durch die geföhrtten Verhandlungen sind aber die Vertreter des Gesamtverbandes einmal aufgeklärt worden über die Zustände, wie sie auf den Werften nun einmal bestehen und darauf ist es wohl zurückzuführen, daß nicht nur den Arbeitern vorher der Preis der Alford bekanntgegeben werden soll, sondern daß auch die Arbeiterausschüsse in der von den Arbeitern gewünschten Weise gewählt werden. Wäher hat man es in den meisten Fällen überhaupt seitens der Werften abgelehnt, Beschwerden der Arbeiter entgegenzunehmen. Dieses wurde noch von den Meistern zum Teil begünstigt, weil man befürchtete, daß die Paschawirtschaft der Meister einmal der Direktion bekannt werden würde. Den Arbeiterausschüssen obliegt nun eine große und wichtige Aufgabe.

Den wirklichen Erfolg dieses Kampfes wird man erst dann richtig einzuschätzen vermögen, wenn man berücksichtigt, daß man es hier nicht nur mit einem sehr kapitalkräftigen, sondern auch mit einem hartnäckigen und starkköpfigen Gegner zu tun hatte, wie der Verlauf der ganzen Lohnbewegung zeigt, den wir nochmals kurz zusammenfassen wollen: Nachdem am 10. Juli die Werftarbeiter auf einer Konferenz ihre Forderungen formuliert und beschlossen hatten, sie den Werksbestehern zuzustellen und um Verhandlungen nachzusuchen, antworteten die Unternehmer: „daß die jetzige Zeit für eine Lohnbewegung nicht gut gewählt sei, indem die Werften erst eine sehr scharfe Krise hinter sich hätten und um deren Folgen zu überwinden, Aufträge unter Preis anzunehmen gezwungen gewesen seien. Die in letzter Zeit für Neubauten im Kriegs- und Handelschiffbau erzielten Preise seien so niedrig, daß eher eine Ermäßigung als eine Erhöhung der Löhne daraus resultieren sollte.“

Die 1907 eingetretene Verkürzung der Arbeitszeit habe noch nicht bewiesen, daß die Arbeitsleistung der Arbeiter entsprechend größer geworden sei, so daß die Werften sich auf eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit nicht einlassen könnten.

Den anderen Punkten der eingereichten Vorlage könnten die Werften schon um deswillen nicht zustimmen, weil sie darin eine Beeinträchtigung der Verhältnisse sowohl zwischen sich und den Arbeitern als auch der einzelnen Arbeiterkategorien zueinander erblickten.

Zum Schluß erklärten sich jedoch die Unternehmer bereit, mit Vertretern ihrer Arbeiter zusammenzukommen, um ihnen die Gründe für ihre Stellungnahme mündlich zu erläutern, und sollten hierzu die beteiligten Organisationen eingeladen werden.

Dieses Schreiben war außer einer glatten Ablehnung auch eine Verhöhnung der Arbeiterschaft, es wurde deshalb auf derartige Verhandlungen (1) verzichtet, wo nur mitgeteilt werden sollte, daß es nichts gibt.

Darauf haben die Hamburger Werftarbeiter sich an die dortigen Seeschiff- und Reparaturbetriebe gewandt, auch hier war die Antwort eine ablehnende. Es wurde deshalb am 3. August in geheimer Abstimmung mit über 8300 Stimmen beschlossen, nunmehr auf dem Wege des Kampfes das durchzuführen, was durch Verhandlungen unmöglich geworden war.

Am 5. August begann der Streik und bereits am 6. August beschloß die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften auf allen Werften am 11. August 60 Prozent der Werftarbeiter auszusperrten. Entscheidend für den weiteren Kampf war, daß auch die übrigen 40 Prozent der Arbeiter sich mit den Ausgesperrten solidarisch erklärten und ebenfalls die Arbeit einstellten.

14 Tage später versuchte dann der Oberwerksdirektor der Kaiserlichen Werft die streikenden Parteien einander näher zu bringen. Die Werksbestehere erklärten sich zu Verhandlungen bereit. Inhipten daran aber die Bedingung, wie die Kommission der Arbeiter gebildet werden müßte. Zu Verhandlungen kam es nicht, weil keine Verständigung über die Auswahl der Teilnehmer erzielt werden konnte. Die Werksbestehere verlangten die Hinzuziehung von drei Vertretern der nationalen Arbeiterverbände, während die übrige Arbeiterschaft den Standpunkt einnahm, daß diese Vereine nicht als gewerkschaftliche Organisation in Frage kommen könnten.

Die Werksbestehere hatten schon wiederholt beim Gesamtverband den Antrag gestellt, eine allgemeine Aussperrung zu beschließen, ohne daß es zu einem Beschluß kam.

In einer am 22. September in Berlin stattgefundenen Sitzung des Gesamtverbandes der Metallindustriellen wurde dann beschlossen: „Am 8. Oktober 60 Prozent der Arbeiterschaft der gesamten Metallindustrie auszusperrn. Gleichzeitig wurde aber ein Ausschuß einberufen, bestehend aus den Herren Fabrikbesitzer Garbens-Sannover, Kommerzienrat Ernst v. Borsta-Teigel, Direktor Rippart-Münchberg, der sich sofort mit den Gewerkschaftsorganisationen in Verbindung setzte und diesen nunmehr die Vertretung zu den eingeleiteten Verhandlungen überließ.“

In sechs Sitzungen wurden die Forderungen der Arbeiter eingehend durchberaten, die zu dem eingangs erwähnten Ergebnis föhrt und dem die Arbeiter in ihrer Majorität zustimmten. Die Verhandlungen selbst wurden seitens der Unternehmervertreter in sehr sachlicher und objektiver Weise geföhrt.

Nunmehr ist nicht nur der Kampf der Werftarbeiter beendet, sondern auch die angebrohete Aussperrung ist aufgehoben. Wenn die Vertreter der deutschen Metallindustrie heute noch strikte Gegner von Tarifverträgen sind, so wird sich auch dort eine andre Ueberzeugung Bahn brechen, nicht ohne Einfluß hierauf werden die diesmahligen Verhandlungen sein.

Haben die Wünsche der Arbeiter auch nicht nach allen Seiten hin Berücksichtigung gefunden, so gehen sie aus diesem Kampfe doch als Sieger hervor. Des weiteren sind nunmehr die Wege geebnet, um auch auf den Seeschiffswerften gesündere Verhältnisse herbeizuföhren, sofern der Wille vorhanden ist.

**Aus dem Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten in Elsf-Lothringen.**

Die Gewerbeaufsichtsbeamten in Elsf-Lothringen veröffentlichten im Monat August ihren Jahresbericht für das Jahr 1909. Ueber die Zustände in den Maler- und Anstreicherbetrieben wird darin sehr wenig gesagt, trotzdem die Einhaltung der Schutzvorschriften von den Arbeitgebern recht mangelhaft befolgt wird. Die Gewerbeaufsicht ist in drei Bezirke geteilt: Unterelsaf,

Oberelsaf und Lothringen. In diesen drei Bezirken sind nach dem Bericht 465 Maler- und Anstreicherbetriebe mit 1596 Beschäftigten vorhanden. Insgesamt fanden nur in 52 Betrieben mit 198 Beschäftigten 66 Revisionen statt.

Ueber die Nichterhaltung der Bundesratsverordnung zur Beröhrtung von Meisteranstellungen wird in einem einzigen Fall von Oberelsaf berichtet (Der Ort wird nicht genannt), wo in zwei Malerbetrieben für vier bzw. neun Arbeiter nur ein Handbuch und etwas Schmierseife vorhanden war. Das Meisterhandbuch war den betreffenden Arbeitern nicht bekannt. Diese Angaben stimmen mit einer Anzeige überein, die unsere Kollegen im Elsf dem Gewerbeinspektor zukommen ließen. Unsere Kollegen stellen fest, daß nach erfolgter Revision dieser Mißstand trotzdem nicht beseitigt wurde. Eine abermalige Anzeige an den Herrn Gewerbeinspektor hat bis heute noch keine Abänderung gebracht. So wie in diesem einzelnen Fall werden von der Mehrzahl der Arbeitgeber die Schutzbestimmungen mißachtet. An kleineren Orten behaupten die Arbeitgeber, daß ihnen diese Bestimmungen gar nicht bekannt seien, sodas dann selbstverständlich von deren Einhaltung auch nicht die Rede sein kann.

Von Unterelsaf wird berichtet, daß in der Beschaffenheit der Baugerüste ein Fortschritt zu verzeichnen sei. Wir können dem insoweit beipflichten, als es sich um die Verhältnisse der Stadt Straßburg handelt und fügen hinzu, daß dies nicht zuletzt auf das Konto einer röhrtigen Tätigkeit der Bauarbeiterorganisationen zurückzuführen ist. Daß aber trotzdem noch sehr vieles im argen liegt, beweist, daß bei der vom 5. bis 10. September d. J. von der Straßburger Bauarbeiter-schutzkommission vorgenommenen Baukontrolle an 85 kontrollierten Neubauten 470 Mißstände vorgefunden wurden. Aus den übrigen Bezirken wird das Fehlen des Arbeiterschutzes an Bauten vielfach bemängelt, was auch wohl nicht eher anders wird, bevor nicht die nötige Anzahl Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen von den Kommunalverwaltungen angestellt werden und durchreisende Bestimmungen durch Landesgesetz geschaffen sind.

In dem Bericht für Unterelsaf heißt es weiter, daß die Maler- und Anstreichergerüste sehr häufig den Anforderungen des Arbeiterschutzes nicht entsprechen. Insbesondere fehlten an den meisten Leitgerüsten die Diagonalverstrebungen. Wird deren Fehlen beanstandet, so erfolgt darauf in den meisten Fällen die irrtige Antwort, daß die Verschraubungen der einzelnen Gerüste und die Beröhrtungen zwischen den Fensterebenen eine absolute Standsicherheit gewährleisten. Klagen der Arbeitgeber über Nichtbenutzung der vorhandenen Schutzvorrichtungen durch die Arbeiter wurden bei mehreren Revisionen vorgebracht. Wir wollen uns nicht verhehlen, daß bei der Gerüstbauerei von unsern Kollegen hier und dort eine außerordentliche Lässigkeit an den Tag gelegt wird, wiewohl Leben und Gesundheit auf dem Spiel steht. Wir können aber dem nicht zustimmen, daß hierbei die Arbeitgeber als die unschuldigen Lämmer gelten wollen. Bei der über-großen Mehrzahl solcher Fälle liegt die Schuld daran, weil unsern Kollegen durch unmäßiges Antreiben seitens des Arbeitgebers oder Vorarbeiters nicht die nötige Zeit gelassen wird, ein standfesteres Gerüst herzustellen. Das gänzlichste Fehlen durchreisender Bestimmungen ist auch hier ein Mißstand, weshalb die Arbeitgeber niemals gezwungen werden können, gewisse Vorsicht walten zu lassen. Solange dies noch der Fall ist, sollten wenigstens unsere Kollegen in ihrem eigenen Interesse auf die Herstellung standfester Gerüste mehr Gewicht legen und unter Umständen den Arbeitgebern oder Vorarbeitern gegenüber etwas mehr Mißtrauhaftigkeit zeigen.

Ueber einen einzigen Fall von Mischloft wird aus Lothringen berichtet, der dort in einer Mennigefabrik vorgekommen ist. Sonst ist in dem ganzen Bericht über vorgefundene Mißstände in Maler- und Anstreicherbetrieben nichts enthalten, trotzdem im allgemeinen sehr beklagenswerte Mißstände bestehen und das besonders an Orten, wo unsere Organisation bisher wenig oder überhaupt noch nicht Fuß fassen konnte.

Kurz sei hier darauf hingewiesen, wie nach dem Bericht für Unterelsaf, einer sonst sehr frommen Gegend, von den Unternehmern aller Berufe die Bestimmungen für jugendliche Arbeiter übertreten werden. In 54 Betrieben wurden 263 jugendliche über die gesetzlich zulässige Zeit hinaus beschäftigt. Davon 15 Kinder zehn Stunden in einer Glaschleiferei und drei in Zigarrenfabriken, drei Kinder 11 Stunden in einem Sägewerk und in einer Schafffabrik, vier Kinder 11 1/2 Stunden in einer Kunstlederfabrik, 11 1/2 Stunden zwei junge Leute in einem Sägewerk, 11 1/2 Stunden 13 junge Leute in einer Kunstlederfabrik, in einem Sägewerk, in einer Getreidemühle und in einer Buchdruckerei. Dreizehn jugendlichen wurde keine Vormittagspause gewährt, 105 jugendliche hatten teils keine Vormittagspause, teils keine Nachmittagspause. Wahrlich idyllische Zustände. — In der Haarnetzriderei (Haararbeit) ist es die Not der mit Kindern reich gesegneten Arbeiterfamilien, die von Händlern und Fabrikanten ausgebeutet wird. In dem Bericht heißt es: „Die auf das Stricken verwendete Mühe und Zeit steht in keinem Verhältnis zu dem Erlös aus dieser Arbeit. Es kommen z. B. ein elf-, ein zwölf- und vierzehnjähriges Mädchen bei der Anfertigung eines Duzend Haarnetze innerhalb zweier Tage bei etwa 3/4stündiger täglicher Arbeitsdauer auf 52 Pfg. Verdienst. Kleine Kinder von vier bis sechs Jahren machen die Vorarbeiten, d. h. sie knüpfen die Haarenden zusammen; eine Arbeit, welche dem Augenlicht der Kinder sehr unzutraglich ist. Die gesetzlich festgesetzte Arbeitsdauer wird häufig überschritten, und zwar nicht nur von Kindern über 12 Jahre, sondern auch von den unter dem Schulalter stehenden Kindern. Häufig wird in den zwischen den Unterrichtsstunden liegenden Mittagspausen und abends bis 9 Uhr, von älteren Kindern auch bis 10 Uhr gearbeitet, von letzteren meist nachdem sie von etwa 5 1/2 bis 7 1/2 Uhr mit einer Unterbrechung für die Abendmahlzeit, für das Vieh Futter geschnitten und den Stall in Ordnung gebracht haben.“ Diese kurzen Angaben sprechen Bände von dem Elend dieser Arbeiter. Dabei verstehen es die Unternehmer, die organisierten Arbeiter sich vom Falle zu schaffen, wobei ihnen die Geistesfreiheit getrennter Dienste leistet.

Daß die Löhne für unsere Berufskollegen in jenen Gegenden die denkbar schlechtesten sind, geht aus obiger Schilderung deutlich hervor. 31 Pf. pro Stunde ist in Hagenau, einer Stadt von 18 000 Einwohnern, wie wir kürzlich statistisch festgestellt haben, der Durchschnittslohn; in einer Anzahl Dörfer ist der Lohn noch niedriger.

### Der preussische Wahlrechtskampf vor dem Magdeburger Parteitage.

Bei der großen Bedeutung, die der Kampf ums Wahlrecht in Preußen für das gesamte deutsche Proletariat hat, war es selbstverständlich, daß auch der sozialdemokratische Parteitag sich mit dieser Frage beschäftigen mußte. Der Referent über diesen Punkt der Tagesordnung, Landtagsabgeordneter **Vorgmann** in Berlin, schilderte die Vorgeschichte dieses Kampfes, sowie seine augenblicklichen Stand; er wies hin auf die Straßendemonstrationen, kritisierte das Verhalten der Polizei und schloß mit den Worten: „Es bedarf nur eines Zeichens, um die Massen wieder auf die Straße marschieren zu lassen, und dieses Zeichen ist von der allergrößten Bedeutung. Im Gegensatz zu den auf dem Jenaer Parteitag geäußerten Beschlüssen haben wir bewiesen, daß die Massen in ruhiger, machtvoller Weise ihren Willen zum Ausdruck bringen. Zu Hunderttausenden haben wir unsere Leute im Feuer ergrützen lassen. Die herrschenden Massen in Preußen werden es nach meiner festen Überzeugung nicht wieder auf eine solche Kraftprobe antworten lassen, sollten sie es aber doch tun, dann werden auf unseren Ruf wieder alle unsere Wahlrechtskämpfer auf der Bildfläche erscheinen und die Demonstration wird noch machtvoller und wichtiger werden als bisher. Wir müssen unsere Organisation immer weiter ausbauen. Wenn es auch nicht im ersten Ansturm gelungen ist, schließlich werden wir doch die preussische Festsitzung über den Haufen werfen können. Die preussische Wahlrechtsfrage ist eine deutsche Frage, und die Genossen in den übrigen Bundesstaaten werden uns zur Seite stehen. Darum ist auch die Tribüne unseres deutschen Parteitages der geeignete Ort zur Erörterung dieser Frage. Ich schließe meine Ausführungen mit dem Rufe: **Nieder mit dem elenden schmachvollen Dreiklassenwahlrecht, her mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht!**“

Die Vertreter der verschiedenen Bundesstaaten sprechen den preussischen Genossen ihre Sympathie aus und stellen ihre tatkräftige Unterstützung in dem bevorstehenden Kampfe in Aussicht: „Nutzen Sie uns, und wir werden mit Rat und mit Tat kommen, um Schulter an Schulter mit Ihnen gegen den Feind einer Demokratisierung des Reichs, gegen den Feind jeder vernünftigen sozialen und demokratischen Entwicklung zu kämpfen.“

Der Parteivorstand hatte eine Resolution vorgelegt, die im Sinne des Referats von **Vorgmann** den ferneren Kampf ums Wahlrecht besprach, doch war der Genossin **Luzemburg** diese Resolution nicht scharf genug, weshalb sie eine eigene einbrachte, die folgenden Wortlaut hatte: „Der Parteitag erklärt in völliger Uebereinstimmung mit dem jüngsten preussischen Parteitag, dessen Auffassung durch die Lehren der Wahlrechtskämpfe dieses Frühjahrs vollumfänglich bestätigt worden ist, daß der Wahlrechtskampf in Preußen nur durch eine große entschlossene Massenaktion des arbeitenden Volkes zum Siege geführt werden kann, wobei alle Mittel, darunter auch der politische Massenstreik, nötigenfalls zur Anwendung gebracht werden müssen. Angehts dessen erklärt der Parteitag für notwendig, im Hinblick auf die künftige Wiederaufnahme der Wahlrechtskampagne die Erörterung und Propagierung des Massenstreiks in der Parteipresse und in Versammlungen in die Wege zu leiten und so in den breitesten Schichten des Proletariats das Gefühl der eignen Macht sowie das politische Bewußtsein zu schärfen, damit die Massen den großen Aufgaben gewachsen sind, wenn die Situation es erfordert.“

Die streikbare Genossin begründete ihre Resolution in der fasssam bekannten Weise, indem sie dem Parteitag ihr Steckpferd, nämlich den Massenstreik, vorbringt, wobei natürlich ein paar Liebenswürdigkeiten gegen die Partei- und Gewerkschaftsführer abfielen. Sie sprach nämlich: „In den leitenden Kreisen unserer Partei und namentlich unserer Gewerkschaften besteht eine starke Abneigung gegen die öffentliche Erörterung der Frage des Massenstreiks namentlich während des Wahlrechtskampfes. Man faßt da die Erörterung der Frage des Massenstreiks, die Propaganda des Massenstreiks gewissermaßen als ein Spiel mit dem Feuer auf. Es ist die höchste Zeit, diese total falsche Auffassung des Massenstreiks zu beseitigen, als ob die Erörterung der Frage des Massenstreiks für sich allein und künstlich den gelegenen oder ungelegenen Massenstreik provozieren könnte. Diese Auffassung sollen wir verwerfen, wie die anarchistische Auffassung vom Generalstreik längst begraben ist. Ein politischer Massenstreik wird nicht künstlich dadurch heraufbeschworen, daß man von ihm redet oder diese Waffe propagiert. Nur aus historischen Bedingungen, aus der Reife der politischen und wirtschaftlichen Situation kann sich ein Massenstreik ergeben. Die Geschichte der Idee des Generalstreiks beweist, daß man ins Unendliche von Massenstreiks reden kann, ohne den geringsten praktischen Erfolg. Nicht als wunderfaktiges Mittel, das nur aus der Tasche gezogen zu werden braucht, um uns sichere Siege zu bringen, wollen wir den Massenstreik erörtern und seine Idee verbreiten. Wir müssen die Massen auf eine lange Reihe schwerer, opfervoller Kämpfe vorbereiten. Aber gerade dadurch, daß wir die Massen auf die ganze Schwere des bevorstehenden Kampfes im Zusammenhang mit der Erörterung des Massenstreiks hinweisen, erfüllen wir gegenüber der Arbeiterklasse ein Werk der politischen Aufklärung, der moralischen und sittlichen Erziehung zu Idealismus und Opferbereitschaft. Ebenso hinlänglich wie die Befürchtung, als ob ein Massenstreik, bloß weil wir davon reden, unzeitig ausbrechen könnte, ist die Ansicht, daß mit der Propagierung bereits die Festlegung auf einen Termin gegeben ist. Darüber, wann wir in Preußen-Deutschland einen politischen Massenstreik machen müssen, bestimmen doch nicht wir allein. Ein politischer Massenstreik kann in ein, zwei, drei Jahren, vielleicht aber auch schon nach den nächsten Wahlrechtsdemonstrationen nötig sein. Außer unserer Taktik kommt die Taktik der Gegner, das Verhalten der

Reaktion, die allgemeine Stimmung, die wirtschaftliche Lage in Betracht. Wenn wir aber zugeben, daß ein Massenstreik vielleicht schon in sehr kurzer Zeit notwendig werden könnte, ergibt sich daraus die klare Pflicht, die Massen auf ihre Aufgaben vorzubereiten, damit sie nicht im Affekt der Erbitterung zum Massenstreik greifen, sondern als eine politisch geschulte Schar von Klassenkämpfern unter Führung der Sozialdemokratie ins Feld zieht.“

Gegen diese Propagierung des Massenstreiks machte sich auf dem Parteitag eine starke Opposition bemerkbar. Das Wortführermitglied **Eugen Ernst**-Berlin, wahrlich kein Flamme, sah sich genötigt, gegen das einseitige Vorgehen der Genossin **Luzemburg** zu protestieren. Mehrere Gewerkschaftsführer, die als Parteitagdelegierte anwesend waren, hatten nämlich dagegen Verwahrung eingelegt, daß der Parteitag in dieser Angelegenheit Beschlüsse fasse, ohne die Gewerkschaften zu hören: „Der Massenstreik, gleichviel aus welchen Gründen und zu welchen Zwecken er geführt werden soll, bedarf zu seiner wirksamen Durchführung der Beteiligung und Unterstützung der gewerkschaftlichen Verbände. Von diesen Erwägungen ausgehend, sind bisher alle Vorberatungen über die Anwendbarkeit des Massenstreiks als Kampfmittel zur Erreichung eines freien preussischen Wahlrechts geführt worden zwischen der obersten Vertretung der gewerkschaftlichen Organisationen, der Generalkommission der Gewerkschaften. Auch Angelegenheiten von minderer wichtiger Bedeutung, welche die Interessen beider Zweige der Arbeiterbewegung berührten, wie die Unterfütterung der Maßfänger-Gemäßregeln, sind durch gemeinschaftliche Beratungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission geregelt worden. Es ist deshalb unerlässlich, daß auch die Frage der Erörterung und Propagierung des Massenstreiks zuvor zwischen Parteivorstand und Generalkommission beraten wird, ehe sie an den Parteitag zur Entscheidung gelangt. Die Unterzeichneten halten darum die Einbringung des Antrages **Luzemburg** für verfehlt, weil er nur die Wirkung haben kann, das erfreuliche Einvernehmen zwischen den beiden Vertretungen der deutschen Arbeiterbewegung zu stören.“

Der Genosse **Ernst** führte aus: „Der Massenstreik ist ein Mittel, das nicht blindlings angewendet werden darf. Dazu hat es doch eine viel zu große Bedeutung. Weiter sind wir der Meinung, daß vor seiner Anwendung eine Aussprache mit den Gewerkschaften gefordert werden muß. Die Annahme der Resolution **Luzemburg** würde eine Unfreundlichkeit gegenüber den Gewerkschaften sein. Als die Gewerkschaften in Köln ihren bekannten Beschluß über den Massenstreik gefaßt haben, da ist von seiten der politischen Organisation mit Recht darauf hingewiesen, daß sie sich in einer solchen Frage mit der politischen Partei hätten verständigen müssen. Aber was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Wollen wir dieses Mittel anwenden, dann müssen wir die Ueberzeugung haben, daß die Gewerkschaften mit uns gehen. Gerade mit Rücksicht darauf, daß wir auf alle Eventualitäten gefaßt sein müssen, bitte ich die Resolution **Luzemburg** abzulehnen, wir wollen uns nicht auf ein Mittel festlegen.“

Auch **Kollege** **Detlev**-Hannover wandte sich gegen die Resolution der Genossin **Luzemburg**, indem er sagte: „Wir haben in Mannheim beschlossen, daß alle Maßnahmen zum Massenstreik zwischen Generalkommission und Parteivorstand vereinbart werden sollen. Gegen diesen Beschluß verstößt der Antrag **Luzemburg**. Er rüftet sich nur auf die preussische Wahlrechtsfrage. Warum fordert er nicht den Generalstreik für Sachsen, wo wir mit dem Wahlrecht auch unzufrieden sind? In rein preussischen Fragen können wir der preussischen Organisation unsere Beschlüsse nicht aufzwingen. Genossin **Luzemburg** hat gesagt, wir wüßten nicht, wann der Generalstreik kommt. Die Leiter der Organisationen, Generalkommission und Parteivorstand, werden es zur gegebenen Stunde schon wissen. So haben Sie selbst in Mannheim beschlossen. Auch heute ist wieder gesagt worden, daß nur die Massen entscheiden sollen.“

Gegen diesen Appell an die Massen gegen ihre Führer legen wir Protest ein. Genossin **Luzemburg** meint, die Massen dürfen nicht kopflos dastehen. Diese Bemerkung beweist nur, daß sie nicht in der Organisation tätig ist und nichts davon versteht. Wir stehen so da, daß bei keiner Aktion ein Genosse kopflos ist und können den Generalstreik, wenn Parteivorstand und Generalkommission einig wären, in 14 Tagen durchführen. Dafür bürgt das Klassengefühl und die Organisation in Partei und Gewerkschaften, daß wir jeder Situation gewachsen sind. Darum wäre es eine große Dummheit, heute die Taktik festzulegen. Die Resolution kann nichts nützen, sondern nur zu schädlichen Debatten führen.“ Und der Genosse **Severing**-Mielefeld erklärte: „Die Gewerkschaftsführer gelten draußen im Lande als Bremser. Sie werden bei der Führung des Massenstreiks eine wichtige Funktion zu übernehmen haben, vielleicht auch eine Funktion des Bremers. Da müssen auch heute die Gewerkschaftsführer reden, wo nicht gebremst, sondern vorwärts getrieben werden muß. Durch die Annahme der Resolution **Luzemburg** würden Sie im Widerspruch mit der Mannheimer Resolution die Generalkommission vor eine vollendete Tatsache stellen. Weder die Gewerkschaften noch die Partei können einseitig die Massenstreikfrage regeln. Ich bin der Meinung, daß die Erörterung des Massenstreiks an sich nicht die Begeisterung der Masse zu wecken imstande ist. Begeisterung ist keine Heringsware, die sich einpökeln und viele Jahre lang aufbewahren läßt. Wenn die Situation kommt, dann wird gehandelt. Entweder will die Resolution **Luzemburg** dasselbe wie der Parteivorstand und dann ist sie überflüssig, oder sie will etwas anderes, dann ist sie schädlich. Schaffen wir nicht viele, sondern klare durchführbare Resolutionen. Auch ich bin der Meinung, daß die Bereitschaft alles ist, aber dazu bedarf es keiner neuen Resolution, sondern des Ausbaues der Organisationen.“

Darauf wird folgender Antrag einstimmig angenommen: „Der in Deutschland herrschende Scheinkonstitutionelle Militarismus hängt aufs innigste zusammen mit den reaktionären Verfassungsverhältnissen Preußens. Während in einer Anzahl süddeutscher Staaten das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu den Landtagen eingeführt ist, bestehen in Preußen, Sachsen und den norddeutschen Kleinstaaten Wahlgesetze, die mit ihrer auf dem Geldsack beruhenden Klassenenteilung oder der Gewährung von Mehr-

stimmen und sonstigen Privilegien an die Besthenden ein Spieß auf die staatsbürgerliche Gleichberechtigung sind. Besonders das Dreiklassenwahlrecht in Preußen mit öffentlicher Stimmabgabe bedeutet die Diktatur der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten im größten deutschen Bundesstaate und im Reich. Ihre struppellose, lediglich der eignen Bereicherung dienende Politik hindert jeden ersten kulturellen und demokratischen Fortschritt und bildet eine ständige Gefahr für das Reichstagswahlrecht. Der Parteitag protestiert gegen diese Verfassungszustände, die in schroffem Gegensatz zur wirtschaftlichen Entwicklung stehen und die schaffenden und politisch reifen Volksmassen aufs Tiefste empören; er spricht seine Genugtuung aus über die mit großer Energie geführten Wahlrechtskämpfe in den einzelnen Bundesstaaten. Der Parteitag fordert für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger beider Geschlechter allgemeines gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht auf Grund des Verhältniswahlrechts für die Wahlen zu allen öffentlichen Körperschaften und Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Der Parteitag erwartet, daß in Preußen und den andern Bundesstaaten die Genossen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Wahlrechtskampf bis zur Erringung der vollen politischen Gleichberechtigung weiterführen. Der Parteitag erklärt in völliger Uebereinstimmung mit dem jüngsten preussischen Parteitag, dessen Auffassung durch die Lehren der Wahlrechtskämpfe des Frühjahrs vollumfänglich bestätigt worden ist, daß der Preußenkampf nur durch große, entschlossene Massenaktionen des arbeitenden Volkes zum Siege geführt werden kann, wobei alle Mittel, darunter auch der politische Massenstreik, nötigenfalls zur Anwendung gebracht werden müssen.“

### Von den wirklichen Herren unserer Zeit.

Während die Arbeiter so schwer unter der allgem. Feinerung zu leiden haben, frönt den wirklichen Herren unserer Zeit ein immer gewaltiger anwachsender Reichtum zu: das zeigt uns wieder in trockenen Zahlen die Bearbeitung der Geschäftsausschlüsse der deutschen Banken im Jahre 1909, die **Hob. Franz** im „Deutschen Oekonomisten“ veröffentlicht hat und jetzt als besondere Schrift erschienen ist. Selbstverständlich haben die deutschen Banken im letzten Jahre wieder ihre Machtstellung in unserem Wirtschaftsleben noch weiter verstärkt. Die Zahl der Banken ist zwar von 214 auf 213 zurückgegangen, dagegen sind die eigenen Mittel der Banken von 4672,1 Mill. Mark auf 4842,2 und die eigenen und fremden Kapitalien der Banken von 27 560 Mill. Mark auf 29 390 gestiegen. Dabei sind fast nur Banken mit mindestens einer Million Mark Aktienkapital berücksichtigt, weil die kleineren Banken ohne Bedeutung in dieser Beziehung sind.

Von den Banken sind 168 Kreditbanken. Ihr eigenes und fremdes Kapital ist von 12 661,5 Mill. Mark auf 13 789,4 gestiegen. Davon kam ungefähr die Hälfte auf die 9 Berliner Großbanken, deren Kapital von 6 333 Mill. Mark auf 6852 gestiegen ist. In Wahrheit aber ist der Einfluß der 9 Berliner Großbanken ein viel größerer. Tatsächlich, so bemerkt zu den angeführten Zahlen der **Banken** der Geschäftsausschlüsse, ist ein viel größerer Teil des gesamten Bankkapitals dem Einfluß der 9 Berliner Großbanken unterstellt. Die mit diesen Banken in irgend einer Form der Interessengemeinschaft verbundenen Provinzialbanken sind zwar formell selbständige Institute, aber sie gehören doch zu einem Konzern, in dem die betreffende Großbank den Mittelpunkt darstellt. So umfaßt das Kapital der Gruppe der Deutschen Bank 4029 Millionen (gegen 3878 Millionen im Vorjahre), **Dresdner Bank** 1550 Mill. (1361), **Diskonto-Gesellschaft** 2292 Mill. (2087), **Schaaffhausen'scher Bank-Verein** 874 Mill. (875), **Bank für Handel und Industrie** 1009 Mill. (919), **Commerz- und Diskonto-Bank** 434 Mill. (384), **Mitteldeutsche Creditbank** 201 Mill. (179), **Nationalbank für Deutschland** 400 Mill. (334), **Berliner Handelsgesellschaft** 487 Mill. (570).

Die 9 Berliner Großbanken verwalteten also Ende 1909 zusammen mit den ihnen angegliederten oder befreundeten Instituten ein Gesamtkapital von 11 276 Millionen Mark gegen 10 587 Ende 1908. Das sind rund 83 Proz. des gesamten von allen Banken verwalteten Kapitals. Mit diesem Kapital beherrschen sie die großen Unternehmungen in der Industrie und im Handel.

Diese Herrschaft muß das arbeitende Volk teuer bezahlen. Der **Wartungsgehalt** der Banken betrug im letzten Jahre 637,43 Mill. Mark, gegen 611,92 Mill. Mark im Vorjahre und 145,71 Mill. Mark im Jahre 1883.

Davon wurden als **Dividenden** an die Aktionäre gezahlt im letzten Jahre: 285,09 Millionen Mark, gegen 277,15 Millionen Mark im Vorjahre und 84,05 Millionen Mark im Jahre 1883.

Das arbeitende Volk sieht hieraus, wie sich der Reichtum unserer Zeit immer mehr in der Hand einer kleinen Elite anhäuft. Wenn auch das arbeitende Volk unter dem Druck der Feinerung noch so sehr hungert, die Bankherren stecken immer mehr Millionen als Profit ein. Dabei haben sie so gut wie gar keine Gefahr für ihren Reichtum zu befürchten. Vergleichen wir die Durchschnittsdividenden aller Banken vom Jahre 1883 ab, so finden wir die niedrigste Dividende (6,02 Prozent) im Jahre 1901 und die höchste im Jahre 1899 (8,21 Proz.), im letzten Jahre betrug sie 7,74 Proz. Die Schwankungen sind sehr gering: die Aktien der Banken sind sichere Papiere. Am besten stehen natürlich die Großbanken. Ihre Dividenden sind noch höher als der Durchschnitt für alle Banken.

Bezeichnend ist auch, daß, wie der Bearbeiter der Geschäftsbereiche mit Recht hervorhebt, die Großbanken ihre Tätigkeit mehr und mehr auf das Ausland ausdehnen. So hat die **Dresdner Bank** sich an der Uebernahme einer neuen Aktienemission der **Banque S. Allard & Co.** in Paris stark beteiligt. Dies hat die Bank in ihrem Geschäftsbericht mit dem Hinweis darauf gerechtfertigt, daß sie ihre gute Entwicklung im letzten Jahre unter anderem der Erweiterung ihrer Beziehungen zum Ausland verdanke und daß sie deshalb auf diesem Wege weiter fortzuschreiten wolle. Die Deutsche Bank hatte gegen Ende 1909 unter Uebernahme des **Bankhauses Balfes & Co.** in Brüssel eine neue Filiale errichtet. Die **Nationalbank für Deutschland** hat sich die Ausgestaltung ihrer Beziehungen zum Ausland ebenfalls angelegen sein lassen, indem sie in engere Geschäftsverbindung mit dem **Credit Mobilier Français** trat, der unter ihrer Mitwirkung sein Kapital von 25 Millionen Franc auf 45

erhöht hat. Eine größere wirtschaftliche Annäherung an das kapitalreiche Frankreich, heißt es in der Besprechung dieser Erscheinungen, ist schon lange unserer Bankwelt als wünschens- und erstrebenswert erschienen. Nachdem sich die politischen Beziehungen zu unserm westlichen Nachbar seit Jahresfrist offenbar merklich günstiger gestaltet hatten, erachten die Börsenbarone den Zeitpunkt für gekommen, um praktische Schritte nach jenem Ziele zu tun. Auch die Brüsseler Filiale der Deutschen Bank dürfte in dem kommerziell und industriell in sehr guter Entwicklung befindlichen Belgien eine fruchtbarere Tätigkeit entfalten können. Das klingt ganz anders als die „patriotischen“ Redensarten von dem „Schutze der nationalen Arbeit“, mit denen die Zollwächter ihre schamlose Ausplünderung des arbeitenden Volkes zu beschönigen suchen, und als die „patriotischen“ Hejreben gegen das Ausland zur Neckstreichung immer größerer Ausgaben für den Militarismus und Marinismus.

Schließlich sei auf eine neue Sorge hingewiesen, die den bürgerlichen Sozialpolitikern die Entwicklung der Großbanken und ihres Einflusses auf unser ganzes wirtschaftliches Leben bereitet: die Sorge, daß einmal die Leute fehlen könnten, die geeignet sind, die Großbanken zu leiten. Wenn derartige Persönlichkeiten fehlen, so liegt das, versichert der sehr sachkundige Bearbeiter des Materials, in hohem Grade am System. Es sei eine dauernde und auch berechtigende Klage der Beamten, daß es selbst für den Treibsamsten und Tüchtigsten, wenn er sich keiner „Konnexionen“ zu erfreuen hat, fast unmöglich ist, nach oben zu kommen, eine seinen Tätigkeiten entsprechende Position zu erlangen. Werden leitende Stellen frei, so werden sie immer häufiger besetzt aus den Kreisen der höheren Staatsbeamten, die meist in verwandtschaftlichen Beziehungen zu Verwaltungsmittellgliedern der Banken stehen. Es sei nicht zu verkennen, daß die ganze Entwicklung der Großbanken einen Zug ins Bürokratische aufweist. Die Nachteile dieser Entwicklung können einmal zu einer wirklichen Gefahr werden, nicht allein für die Banken selbst, sondern für das gesamte Wirtschaftsleben:

„Man darf sich nämlich nicht darüber im unklaren sein, daß in dem Maße, in dem durch die gekennzeichnete Entwicklung die privatwirtschaftliche Initiative gelähmt wird, der Weg frei gemacht wird für die Verwirklichung sozialistischer Tendenzen, die ja überall in unserm Wirtschaftsleben zutage treten und die sich nicht in letzter Linie gegen die bestehende Organisation unseres Bankwesens richten.“

So kann sich selbst ein bürgerlicher Sozialpolitiker, der aber einen genauen Einblick in das Treiben der Großbanken hat, der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Entwicklung der Großbanken die „Gefahr“ des Staatssozialismus heraufbeschwört. Diese „Gefahr“ kann auch durch gute Massnahmen darüber, wie die Großbanken den Interessen der Gesamtheit am besten dienen können, nicht abgewendet werden. Denn die Großbanken können sich gar nicht nach derartigen guten Lehren richten, die die bürgerlichen Sozialpolitiker schon so oft zum besten gegeben haben und immer von neuem wiederholen. Haben doch die Großbanken unter der Herrschaft des Kapitalismus gar nicht die Aufgabe, den Interessen der Gesamtheit zu dienen, sondern sollen in erster Linie den Bankkapitalisten einen möglichst großen Profit liefern. Das geht aber nur durch eine möglichst starke Ausbeutung des arbeitenden Volkes. Deshalb müssen die Arbeiter, je mehr die Großbanken unser ganzes Wirtschaftsleben beherrschen, um so mehr dagegen aufgestachelt werden. Jedoch begnügen sie sich nicht mit dem Staatssozialismus, sondern werden dahin streben, daß die gewaltigen wirtschaftlichen Machtmittel der Großbanken nicht nur verstaatlicht, sondern auch nach dem Willen und im Interesse des arbeitenden Volkes nutzbar gemacht werden. Die Entwicklung der Großbanken arbeitet den Bestrebungen der Sozialdemokratie vor, nämlich, der Ablösung der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft durch die sozialistische Volkswirtschaft.

### Lohnbewegung.

#### 4. Bezirk.

Melle. Zu einer Arbeitseinstellung ist es in den Möbelfabriken in Melle nicht gekommen. Durch gütliche Vereinbarung sind in der einen Fabrik sämtliche Akkordlöhne um 6 1/2 Proz. erhöht. Es sind Minimallohne zur Einführung gekommen, welche für Maschinisten 42 Pfg. und für Lackierer und Grundierer 30 Pfg. pro Stunde betragen. Für alle in Lohn arbeitenden Kollegen werden die Stundenlöhne um 5 Pfg. ausbezahlt. Für Uebersunden werden 10 und für Sonntagsarbeit 15 Pfg. Zuschlag pro Stunde bezahlt.

In der andern Möbelfabrik, wo bisher nur in Lohn gearbeitet wurde, sind den Verhältnissen angepaßte Akkordlöhne vereinbart. Wenn in Lohn gearbeitet wird, erhöht sich derselbe pro Stunde um 3 1/2 Pfg. Für Uebersunden werden 15 Pfg. und für Sonntagsarbeit 20 Pfg. Zuschlag pro Stunde bezahlt. Außerdem ist für beide Fabriken statt der bisherigen zehnstündigen Arbeitszeit die neunzehnstündige eingeführt und für drei Jahre diese Vereinbarungen abgeschlossen.

Unsre Kollegen haben durch ihr festes Zusammenhalten einen schönen Erfolg erzielt und hat die erst halbjährige Jugendtätigkeit zur Organisation rasche Früchte getragen. Wenn die Kollegen weiter so einmütig zusammenstehen und keiner die Organisation verläßt, wird mit deren Hilfe der nächste Abschluß noch bessere Vorteile für sie bringen.

#### 5. Bezirk.

Dresden. Die „fide Idee“, unsre Kollegen hätten, soweit sie kürzlich in neun Werkstätten die Arbeit niederlegten, um sich vor immer weiteren Verlusten durch die unzulässige und systematische Verschleppungspolitik des Arbeitgeberverbandes zu schützen, Tarifbruch begangen, steht in dem Hirn des heftigen Arbeitgeberverbandes-Vorsitzenden sein Zerstückelungswert unerbitlich fest. Der Herr er-kühnt sich, in der Dresdener bürgerlichen Presse und in der gesamten Meisterpresse neuerdings weiter von dem „Tarifbruch der Dresdener Gehilfen“ zu fabulieren, obwohl bekanntlich selbst das Gautarkamt zu Leipzig einen solchen nicht konstatieren konnte, trotz krampfhafter Anstrengungen der mit den größten Hoffnungen versehenen Herren. Die damals offen gedruckte Wut über dieses Mißgeschick ist also immer noch nicht verwaucht. Wenn der Herr in der Meisterpresse seine Dresdener

Kollegen, die Architekten, Baumeister, die Privatbankwirtschaft und das gesamte organisierte Bauarbeitervermögen zu dem festen Zusammenhalten „beglückwünscht“, so ist das geradezu zum Stiefelanziehen; denn wenn im Dresdener Falle solche Glückwünsche schon angebracht erschienen, wo rund 200 Arbeitgeberverbandsmitglieder innerhalb vier Tage (!) sage und schreibe 316 Gehilfen aussperrten, und das, obwohl, wie geschrieben wird, sogar die Nichtarbeitgeberverbände, angespornt durch die Zwangstimmung, dabei mitgeholfen haben, so sind diese großen Aktionen und „Siege“ unserer Arbeitgeber die reinsten Operetten. Wenn sich der genügsame Dresdener Vorsitzende bei Herrn Kruse für den von diesem gemachten und von unsern Kollegen fast einstimmig angenommenen Vorschlag bedankt, im selben Atemzuge aber auch Herrn Köhler „besonderen Dank“ abstattet, weil er „durch sein unbedingtes Festhalten an seinem Vorschlage, welcher den Gehilfen ungünstiger erschien“, den günstigeren Vorschlag des Herrn Kruse durchsetzte, dann wieder nach einem kühnen Kopfsprung erklärt, die Gehilfen-schaft sei zunächst befriedigt worden und nach einem weiteren Wurzelbaum ausrufe, die Gehilfenschaft hat nichts erreicht, so teilen wir das hier nur mit, um unsern Kollegen ein vergnügtes Viertelstündchen zu bereiten und um zu zeigen, für was für Dinosaurier Herr Schirmer die Leser der Meisterpresse bzw. seine Kollegen hält. Besonders die Dresdener Meister, die wirklich Gehilfen beschäftigen und die durch seine Schuld von der Arbeitsniederlegung direkt und indirekt betroffen wurden, denken eingeständenermaßen ganz anders über den Fall, als ihr „Sieges“trunkener, so ziemlich gehilfenloser Vorsitzende. Die betroffenen Arbeiter werden seinen grotesken Akrobatikstücken, die zudem nicht nur deplaziert, sondern auch für spätere Fälle gefährlich sind, wenig Geschmack abgewinnen.

### Aus unserem Berufe.

#### Zum 25jährigen Bestehen der Filiale Stuttgart.

„Organisation! Du Wort voll Kraft und Leben, Zum Sieger kamst den Schwächsten du erheben.“

Zu den Filialen, die mit zu den ältesten innerhalb unsres Verbandes zählen, gehört auch Stuttgart, denn nur wenige Wochen später, nachdem in Dresden während der Weihnachtstagsfeier 1884 der Grundstein zur Zentralorganisation gelegt war, wurde im März 1885 die Zahlstelle Stuttgart mit 35 Kollegen gegründet. Schon vor diesem Zeitpunkt gab es in Stuttgart verschiedene Lokalvereine unter allerhand schönen Namen, wie „Zinnober“, „Baubeutel“, „Palette“ usw., diese Vereine kamen aber über die Pflege der Geselligkeit kaum hinaus und waren in gewisser Beziehung ein Hindernis für die Ausbreitung der jungen Organisation. Aber mit zäher Energie und Ausdauer brachte die Zahlstelle diese hindernden Vergnügungsvereine ihrer Auflösung entgegen. Nun war die Bahn zur Entwicklung frei, wenn auch das Ausnahmegesetz dem Verbands noch allerhand Schikanen bereitetete. Trotz alledem behauptete der Gauverein (so wurde damals die Zahlstelle benannt) das Feld, und zwar bis auf den heutigen Tag ohne Unterbrechung.

Zur Feier und zum Andenken an das 25jährige Bestehen veranstaltete die Filiale Stuttgart am 3. Septbr. einen festlichen Abend, der in allen Teilen dem Festescharakter durchaus angepaßt und würdig war. Schon die äußere Ausgestaltung des Programms sowie die sehr geschmackvolle Dekoration des Festsaales im Gewerkschaftshaus, in dem die Feier stattfand, hat den vollen Beifall der so zahlreich, auch von auswärtig, erschienenen Kollegen mit ihren Damen gefunden.

Die Sänger der Nebertafel „Lassalla“ unter persönlicher Leitung ihres Dirigenten Herrn Musikdirektors N. Brenner boten wirklich Vorzügliches. Auch das aus 23 tüchtigen Musikern bestehende Konzertorchester war ganz auf dem Posten. Die Solist der Konzertfängerin Frau E. Brenner waren prächtige Leistungen und lösten wahre Beifallsstürme aus, so daß sich die Sängerin zu einigen Zugaben verstehen mußte. Der mit tiefem Verständnis von Herrn Schauspieler Stöckinger zum Vortrag gebrachte Festprolog fand allgemeine Anerkennung, ebenso die von Herrn Kunstmaler Zundel (Gemahl der Genossin Alara Zeitlin) mit seinem Gefühl arrangierten lebenden Bilder „Anechtung“ und „Freiheit“, dargestellt von etwa 25 Personen.

Den drei ältesten Mitgliedern der Filiale, den Kollegen: Wilh. Köhler (der einzige, der seit der Gründungsversammlung ununterbrochen in der Filiale Stuttgart tätig ist), Friedr. Hub und L. Brenner, die ebenfalls eine über 20jährige Verbandszugehörigkeit hinter sich haben und heute noch in festerer Frische an den Vorkängen innerhalb der Filiale wie auch der Gesamtorganisation den regsten Anteil nehmen, wurde im Auftrag der Filiale von dem Kollegen Delle zur Erinnerung je ein kleines Andenken mit entsprechender Widmung überreicht. In kurzen Äußerungen wurde den drei Senatoren der Filiale für ihrer Organisation schon geleistete Arbeit der Dank ausgesprochen und den Jungen als Vorbild empfohlen.

Die Festrede hielt Kollege Hub. Er schilderte die Entwicklung unserer Zentralorganisation, wie auch insbesondere die der Filiale Stuttgart. Große Aufmerksamkeit und reicher Beifall lohnte den Festredner für seine Ausführungen. Mächtig durchdrangte sein auf das fernere Blühen und Gedeihen unserer Organisation ausgebrachtes Hoch.

In schönster Harmonie und Eintracht verlief das Fest, das sicher bei allen Teilnehmern noch lange in Erinnerung bleiben und uns neue Kämpfe zuführen wird. Ein flotter Festball, wo mancher „Alte“ sich nochmals jung fühlte und das Tanzbein schwang, beschloß die Jubiläumssfeier.

Aus der geschichtlichen Entwicklung der Filiale ist besonders hervorzuheben, daß zehn Jahre nach der Gründung 250 Mitglieder eingetragen waren, die Arbeitszeit betrug noch zehn bis elf Stunden, von morgens 6 bis abends 7 Uhr. Löhne von 26 bis 32 Pfg. waren keine Seltenheit. Bei der im Jahre 1894 von der Filiale aufgenommenen Statistik betrug der niedrigste Lohn 23 Pfg., der Durchschnittslohn 36 Pfg. Im Jahre 1896 brach der erste Streik aus, der aber schon nach drei Tagen mit einem Erfolg beendet werden konnte. Vereinbart wurde die neunzehnstündige Arbeitszeit und ein Mindestlohn von 88 Pfg., ein für die damaligen Zustände und Verhältnisse wirklich gut zu nennender Abschluß.

Aber wie es allgemein zu verzeichnen war, so auch in Stuttgart: die Kollegen verließen sich wieder; erst das Jahr 1903 brachte uns wieder die Zahl von 400 eingetragenen Mitgliedern und kam es zum zweiten Male zum Streik. Dieser Kampf mußte nach drei Wochen erfolglos beendet werden. Wenn um diese Zeit schon in einer Reihe von Städten das Unternehmertum eine tarifsfreudliche Haltung einnahm, so ließen die Stuttgarter Arbeitgeber unabweislich erkennen, daß sie nicht gewillt seien, die Organisation anzuerkennen und deshalb auch in kein Tarifverhältnis mit uns eintreten würden.

Im Jahre 1906 wäre es beinahe zum dritten Male zu einer Arbeitseinstellung gekommen, doch mit Rücksicht auf die großen Kämpfe, die unsre Organisation in andern Städten im selben Jahre zu führen hatte, nahm man in sehr stürmischer Versammlung Abstand von einem Streikbeschlusse. Was damals von vielen Seiten befrachtet und prophezeit wurde, die Organisation gehe zurück, trat erfreulicherweise nicht ein. Im Gegenteil, die Entwicklung der Filiale im Jahre 1906 war derart, daß im März 1907 90 Proz. der Beschäftigten unsern Verbände angehörten. Aber trotzdem wurden wir immer noch nicht anerkannt, bedingungslos sollten wir eine uns überlassene Arbeitsordnung anerkennen, ein Bedürfnis nach einem regelrechten Tarifabschlusse liege nicht vor und so wurde am 6. März der Kampf proklamiert. Ein schwerer, aber auch erfolgreicher Kampf war es; denn nicht weniger als 107 Tage mußten wir im Streik ausharren, was um so höher einzuschätzen ist, als der Kampf im Anschluß an eine bei den meisten Kollegen recht lange Arbeitslosigkeit geführt wurde.

Der Erfolg war, daß die Organisation anerkannt und für das Jahr 1908 50 Pfg., für 1909 52 Pfg. tariflich festgelegt wurde. In der vor diesem Tarifabschlusse noch allgemein gültigen Geschäftsordnung der Zimmermalergewerkschaft war der Lohn mit 33 und 40 Pfg. angegeben, und wurde vielfach danach entlohnt. Das Bedauerliche, was nach dem Abschluß der früheren Kämpfe immer zu konstatieren war, nämlich, daß die Kollegen dem Verbands den Rücken lehrten, trat diesmal erfreulicherweise nur in ganz geringem Umfange ein; die Organisation in Stuttgart wurde stabil, der Kampf 1907 und die unermüdete Aufklärungsbewegung festigte den inneren Zusammenhalt.

Die vierte Lohnbewegung, die unter dem Zeichen der Reichstaxibewegung stand, befreite nicht unsre sämtlichen Mitglieder, doch kann von einer prinzipiellen Bekämpfung der von unsrer Gesamtorganisation eingeschlagenen Tarifpolitik nicht berichtet werden. Allgemein wurde es eingesehen, daß es für die Großstadt einen indirekten Vorteil bringt, wenn in den kleineren Städten und Orten die Verhältnisse ebenfalls tariflich festgelegt werden, und das konnte in der ausgiebigsten Weise durch den Reichstaxifabschlusse erfolgen. Wenn diese Bewegung noch auf friedlichem Wege zum Abschluß gebracht werden konnte, so wäre es verkehrt, das auch für die nächste Tarifreueuerung zu folgern. Mag es kommen wie es will, die Stuttgarter Kollegen werden, wie in den letzten Kämpfen, ihren Mann stellen!

Auch für unsre in Fabriken beschäftigten Kollegen, die L a d e r e r, wurden schon mehrmals Versuche unternommen, deren mitunter noch recht traurige Verhältnisse zu verbessern. So wurde erstmals im Jahre 1897 und im Jahre 1906 eine Lackierersektion gegründet. Die in diese Sektion gesetzten Hoffnungen sind jedoch nur teilweise in Erfüllung gegangen. Wohl konnte für etwa 60 Lackierer in den letzten Jahren eine materielle Verbesserung durch die Organisation geschaffen werden, doch stehen noch etwa 50 Lackierer unsern Verbände aus meist rein egoistischen Gründen fern. Der gegenwärtig im Vordergrund der Arbeiterbewegung stehende Plan des Metallindustriellenverbandes dürfte schließlich das fertig bringen, was uns trotz aller Mühe und Aufklärung seit dem Bestehen unsrer Filiale nicht gelang.

Als man im Jahre 1893 dazu überging, Agitationskommissionen einzusetzen, wurde Stuttgart mit der Bildung einer solchen Kommission für das süddeutsche Gebiet betraut. 1905 mit der Anstellung festbesoldeter Bezirksleiter wurde ebenfalls Stuttgart als Sitz besetzt für den 6. Agitationsbezirk ausgerufen. Auch beherbergte Stuttgart vom Jahre 1897 bis 1903 den Verbandsauschusse unsrer Organisation.

Die Anstellung eines Geschäftsführers für das Filialgebiet wurde im Jahre 1903 vorgenommen, die eines festbesoldeten Einkassierers im Jahre 1908. Beides waren Maßnahmen, die zur Ausbreitung und Stabilität der Filiale unerlässlich waren. Wenn anfangs Mißtrauen und Opposition gegen diese Einrichtungen vorhanden waren, so büfften durch die praktischen Erfolge selbst die größten Bestimmten bekehrt worden sein, falls nicht aus Prinzip Bekämpfung getrieben wird.

Opferreich und mühevoll war das verflozene Vierteljahrhundert, aber auch reich an Erfolgen für unsre Kollegen; noch im Jahre 1906 waren 38 und 40 Pfg. der Mindestlohn, ab 1. Januar 1911 jedoch 50 und 56 Pfg. Noch größere Erfolge können und müssen erzielt werden, dazu bedarf es aber der Mitarbeit sämtlicher Mitglieder. Nicht allein die Zahl der Neuaufnahmen gibt ein Spiegelbild (seit Bestehen der Filiale wurden rund 7000 erzielt), sondern die aktive Mitwirkung an sämtlichen Vorgängen, die im Interesse der Organisation auch in den Zeiten des scheinbaren Friedens durchgeführt und unternommen werden müssen. Bei der in letzter Woche vorgenommenen Erhebung über die Dauer der Zugehörigkeit zur Organisation wurde von 990 eingetragenen Mitgliedern festgestellt, daß nahezu zwei Drittel länger als ein Jahr dem Verbands angehörten.

Mögen aus vorstehendem die jungen Kollegen ersehen, welche Opfer gebracht werden mußten, um die Verhältnisse so zu gestalten, wie sie jetzt sind; mögen die alten Kollegen, die mützig gestritten und gekämpft haben, von uns Jungen als leuchtendes Beispiel, wie man als Klassenbewußter Arbeiter zu handeln hat, jederzeit angesehen werden.

Wenn wir im Festbericht der drei Senatoren der Filiale Stuttgart schon gedacht haben, so gehört es auch einem Toten, der als Mitbegründer gelten muß, unsre Verehrung darzubringen: Carl K l o s, nachmaliger Land- und Reichstagsabgeordneter und Zentralvorsitzender des Holzarbeiterverbandes war es, der bei den Gründungsversammlungen durch seine populären und fesselnden Reden den Grundstein in Stuttgart gelegt hat. In seinem Sinne und Geiste hat sich die Filiale entwickelt; bis heute und auch für die Zukunft werden wir so handeln.

**Straßburg i. G.** Bis auf den Ausgleichspennig und den Akkord- und Leistungstarif hat das hiesige Ortsarbeitsamt die Tarifverhandlungen erledigt. Der Reichstaxtarif ist hier am 1. Mai in Kraft getreten, indem der alte Tarif bis zum 30. April Gültigkeit hatte. Sechs Störungen hat es bedurft, um die Verhandlungen so weit ihrem Ende allmählich entgegenzuführen. Wegen der Normierung der Mehraufwandsentschädigungen bei Arbeiten außerhalb des Tarifortes — die bei täglicher Mitternacht 45 Pfg. für ledige, 70 Pfg. für verheiratete, mit Übernachtungen 1.50 Mk. für ledige (wenn die Arbeit weniger als eine Woche dauert 90 Pfg.), für verheiratete Kollegen durchweg 2 Mk. pro Tag beträgt — haben die Arbeitgeber Berufung beim Gaurichtamt angeklagt. Hiernach ist es nicht voranzufahren, wenn die Verhandlungen als endgültig abgeschlossen gelten. Die hier notwendig machende Ermittlung des Durchschnittslohnes, die unterseits durch Umfrage bei den Kollegen vorgenommen wurde, stieß auf bedeutende Schwierigkeiten, indem diesen Arbeiten von Seiten unserer Kollegen nicht das nötige Interesse entgegengebracht wurde. Die Beschaffung dieses so notwendigen Materials wurde dadurch erheblich verlangsamt. Wäre es bei der vorjährigen statistischen Erhebung, die sich über alle Filialen und Zahlstellen erforderte, möglich gewesen, eine brauchbare Statistik zusammen zu bekommen, so hätten wir in diesem Jahre aus diese Arbeit erspart und damit zur Beschleunigung der Verhandlungen viel beitragen können. Gewiß sind die Arbeitgeber verpflichtet, ihre Lohnbücher zu diesem Zwecke vorzulegen; wir hätten aber damit zu rechnen, daß wir mit diesem Verlangen auf noch größere Schwierigkeiten stoßen würden, wodurch der Verlauf der Verhandlungen nur noch mehr aufgeschoben worden wäre. Solange von unserer Seite die Aufnahme der Verhandlungen nicht verlangt wurde, fanden sich die Arbeitgeber hierzu nicht bereit. Sie machten aus ihrer Ansicht, daß die Verhandlungen nicht pressieren, kein Hehl und taten sich auf den Gedanken, daß die Gehilfen nicht in den Ausstand treten dürften, bevor nicht alle Inanspruchnahmen eingekassiert sind, etwas zugute.

Das Gaurichtamt in Frankfurt a. M. nahm in seiner Sitzung am 2. Juni Veranlassung, auf unsere Beschwerde gegen die Verschleppung der Arbeitgeber als äußerster Termin für die Zusammenkunft des Ortsarbeitsamtes den 20. Juni festzusetzen, was die Arbeitgeber befolgt. Die Suche nach einem unparteiischen Vorsitzenden wirkte ebenfalls hemmend auf die Fortsetzung der Verhandlungen ein. Unterseits war der Weigeordnete Regierungsrat Dominikus in Vorschlag gebracht worden, der bei früheren Erledigungen von Tarifstreitigkeiten stets als unparteiischer mitgewirkt hatte. Die Arbeitgeber lehnten jedoch diesen Herrn ab und brachten uns den Gewerbedirektor Ottmann in Vorschlag, der kein Jurist, sondern Fabrikbesitzer ist. Aus bestimmten Gründen sahen wir uns genötigt, diesen Herrn ebenfalls abzulehnen. Dadurch war die Suche nach einem Unparteiischen zu einer Katastrophe geworden, bis sich endlich nach einigen Tagen Herr Amtsgerichtsrat Großmann zur Ausübung dieses Amtes bereit erklärte. Von diesem Tage an nahmen erst die Verhandlungen einen positiven Verlauf.

Der Einführung der Mindestlöhne für alle Gehilfen über und unter 20 Jahren setzten die Arbeitgeber den größten Widerstand entgegen. Nach unserm alten Tarif, der bis zum 30. April 1910 Gültigkeit hatte, bestand eine Lohnklasse für Gehilfen von 20 bis 22 Jahren von 46 Pfg. für über 22 Jahre alte Gehilfen von 50 Pfg. pro Stunde. Für alle unter 20 Jahre alte Gehilfen unterlag der Lohn der freien Vereinbarung. Die Arbeitgeber glaubten diese Lohnklassen beibehalten zu dürfen. Sie beriefen sich darauf, daß durch die Einführung der von uns geforderten Altersklassen den Gehilfen im Alter von 20 bis 22 Jahren eine Lohnerhöhung von 6 Pfg. pro Stunde gezahlt würde, während doch im Reichstaxtarif nur von einer Lohnerhöhung von 2 Pfg. die Rede sei. Nach längeren Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebervertretern und weiteren Darlegungen des Herrn Unparteiischen — der erklärte, eine andre Regelung als die Arbeitnehmervertreter es wünschen, nach den vorliegenden Bestimmungen des Tarifs sich nicht denken zu können — gelang es endlich, die Arbeitgeber über ihren Irrtum aufzuklären. Man einigte sich dann des weiteren darüber, daß für die neuen Altersklassen der Stundenlohn von 50 Pfg. als Durchschnittslohn für über 20 Jahre alte Gehilfen geltend haben soll, worauf die Lohnerhöhung von 2 Pfg. eintritt. Der Mindestlohn für unter 20 Jahre alte Gehilfen wurde auf 44 Pfg. vereinbart. Mit der ab 1. Mai zu zahlenden allgemeinen Lohnerhöhung von 2 Pfg. legten die Arbeitgeber unsern Kollegen vielfach Schwierigkeiten in den Weg. Von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, zahlten sie ab 1. Mai jedem Kollegen diese Lohnerhöhung. Die Arbeitgeber hatten aber unter sich ausgemacht, daß bei Neuinstellung von Arbeitskräften nicht mehr als 50 Pfg. Stundenlohn gezahlt werden soll. Einzelne Arbeitgeber behaupteten unsern Kollegen gegenüber, daß diesbezüglich der Beschluß einer Innungsversammlung vorliege. Auf unsern Vorhalt stellte der Vorsitzende der Innung das Bestehen dieses Beschlusses nicht in Abrede, gab ihn allerdings auch nicht zu, sondern erklärte, daß die Arbeitgeber hierzu berechtigt seien. Das war in einer der Sitzungen, die ohne den Unparteiischen tagten. In späterer Sitzung bestritten die Arbeitgeber das Bestehen dieses Beschlusses und gaben zu, daß die Lohnerhöhung von 2 Pfg. auch bei einem Wechsel des Arbeitsverhältnisses den Gehilfen zu zahlen ist. Die Forderung des Ausgleichspennings haben wir durch eine statistische Erhebung begründet.

Der Schaden, der den hiesigen Kollegen durch die Einführung des § 3 des Reichstaxtarifs erwächst, bildet den Vorfall der Vergütung für Arbeiten innerhalb des Tarifortes. Nach dem alten Tarif wurden für Arbeiten außerhalb der Stadtmurverwaltung, selbst wenn sie im Bereich der politischen Grenzen der Stadt Straßburg lagen, täglich ein Stundenlohn extra vergütet. Durch den Ausfall dieser Vergütung nach § 3 Abs. 8 des Reichstaxtarifs erwächst der hiesigen Kollegenschaft ein Schaden von mindestens 1800 Mk. im Jahre. Bei dieser Umfrage, die wir im Laufe dieses Frühjahrs hierüber veranstalteten, konnten nicht alle in den Vororten beschäftigt gewesenen Kollegen erfaßt werden, weshalb wir annehmen dürfen, daß für uns der Ausfall an Geldwert noch ein beträchtlich höherer ist. Das von uns dieser Forderung zugrunde gelegte Material haben die Arbeitgeber trotzdem nach bekannter Manier beanstandet, weshalb weitere Erhebungen und Nachprüfungen notwendig sind.

**Mittelständlerische Handwerkerpolitik.** Frankfurt a. M. Die „Sonne“, Frankfurter Bürgerzeitung, schreibt: „Eine Stille des Mittelstandes ist der Stadtverordnete Robert Werner, mit dessen Verhalten sich das Ortsarbeitsamt der Maler und Weißbinder wird beschäftigen müssen. Herr Werner ist Bauunternehmer und baut gegenwärtig ein Haus Seumestraße 12. In diesem Bau läßt Herr Werner außerhalb der üblichen Geschäftszeit Weißbinderarbeiten vornehmen und zwar hauptsächlich in den Abendstunden von Gesellen, welche die Arbeit meistens im Auftrag ihres Arbeitgebers ausführen, sondern nach Feierabend. Diese ungewöhnliche Art der Arbeitsausführung ist festgesetzt und die freie Vereinnahmung der Maler-, Weißbinder- und Lackierermeister wird nicht ungenutzt, sich mit der Sache näher zu befassen und festzustellen, welche Rolle dabei der Mittelstandsführer, Stadtverordnete und Bauunternehmer Werner spielt. Nach den zwischen Meistern und Gesellen vereinbarten Arbeitsbedingungen ist die Zeit der Vornahme von Weißbinderarbeiten in den Abendstunden unzulässig. Schon daraus geht hervor, daß es sich nicht um reguläre Arbeit handeln kann. Nun sollte aber gerade ein Stadtverordneter, der auf seinem Programm die Bekämpfung der Mißstände auf dem Gebiete der Arbeitsvergebung, die Wahrung der Interessen der Handwerker und Gewerbetreibenden stehen hat, sich verpflichtet fühlen, den Arbeitsvertrag im Handwerk zu respektieren. Das scheint aber Herr Werner nicht zu tun, er schaltet, um sich einen Vorteil zu verschaffen, den selbständigen Weißbindermeister einfach aus und läßt die Weißbinderarbeiten abends und Sonntags durch Gehilfen ausführen, die bei anderen Meistern zu tarifmäßigen Bedingungen arbeiten, ihre freie Zeit aber dem Herrn Stadtverordneten Werner für die Ausführung von Arbeiten widmen, für die der Tarif ganz bedeutende Aufschläge vorseht. Das Vorgehen des Herrn Stadtverordneten Werner präsentiert sich in wenig vorteilhafter Beleuchtung, wenn man in Betracht zieht, daß Herr Werner Vorstandsmitglied der Hesse-Nassauischen Handwerker-Gesellschaft, der Frankfurter Mittelstandsbund, der Genossenschaftsbund, der Handwerker-Spar- und Darlehenskasse und anderer Organisationen ist, die alle den Zweck verfolgen, den Mittelstand, die Handwerker und Gewerbetreibenden zu stützen und zu fördern. Außerdem aber ist Herr Werner auch Stadtverordneter. Dieses Amt legt ihm gewisse Pflichten als Unternehmer auf, über die er sich in vorliegendem Falle hinweggesetzt hat. Als Leiter der Genossenschaftsvorstände hätte er auch die Farbe von der Genossenschaft der Maler und Weißbinder beziehen müssen, auch das ist nicht geschehen.“

Das Ortsarbeitsamt und die Vereinigung der Maler- und Weißbindermeister, die beide derartige Mißstände mit großer Energie bekämpfen, werden in dieser Angelegenheit hoffentlich nicht müßig bleiben.“

**Versammlungsberichte.**

**Bergeborf.** Eine auf besuchte Mittelglieder-Versammlung fand am 24. September im „Deutschen Haus“ statt mit der Tagesordnung: „Die Verhandlungen über den neuen Lohnstarif, Auslegung und Anwendung desselben.“ Bezirksleiter Kollege Buch-Hamburg hatte das einleitende Referat übernommen. Er führte kurz folgendes aus: Gegen den Reichstaxtarif bestehe manche Antipathie. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Unregung dazu von Arbeitgeberseite kam. In Beurteilung der Sachlage muß man den Einfluß der Organisation auf die Gestaltung der Tarifverträge in Betracht ziehen. Früher wurde den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht bestritten, jetzt haben wir die Anerkennung der Unternehmer errungen. Jeder Tarif ist ein Kompromißprodukt. Die Ausprägung in Süddeutschland führte zum Abschluß des Normaltarifs. Die Organisation sah sich vor einer neuen Situation gestellt, als der Arbeitgeberverband auf einen einheitlichen Ablauftermin drängte. Die Frage, ob wir mit den Arbeitgebern in Verhandlungen treten sollten zwecks Abschlußes eines Tarifs auf zentraler Grundlage, wurde auf der Kölner Generalversammlung beraten und bejaht. Einem Hamburger Delegierten wurde das Korreferat übertragen; eine Verhandlungskommission wurde eingesetzt. Der nunmehr eingeführte Reichstaxtarif wurde in der Urabstimmung angenommen und von der Dresdener Generalversammlung gutgeheißen. Manche Bestimmungen, wie der Agitationsverbotsparagraf, hätten wir lieber nicht gesehen. Der Wiedereinführung von Massenlöhnen für Norddeutschland könnte dadurch entgegenwirkt werden, daß man auf die jungen Kollegen einwirkt, den Minimallohn zu fordern. Für manche Orte, wo die Differenz vor dem bedeutend größer gewesen ist, bedeutet dies sogar eine Verbesserung. Der Mehraufwand wird durch die Tarifämter der einzelnen Orte geregelt. Der Lohnsatz gilt nur als Mindestgrenze, nicht als Normal- oder Höchstlohn. Den Bergeborfer Kollegen ist in der letzten Gaurichterverhandlung eine Kommission zur Regelung der örtlichen Streitigkeiten gewährt, sonst unterstehen sie dem Hamburger Ortsarbeitsamt. Diese Entscheidung ist getroffen, nachdem die örtliche Organisation ihre Zustimmung dazu erklärte. (Widerspruch.) Redner bespricht und erläutert noch die einzelnen Paragrafen und schließt mit der Versicherung, daß mit dem besten Willen im Interesse der Bergeborfer Kollegen verfahren wurde; dies möge in der Diskussion berücksichtigt werden. — In der sich anschließenden Diskussion bestritt Kollege Scholl seine Zustimmung als Delegierter der Bergeborfer Kollegen vor dem Gaurichtamt zu der getroffenen Entscheidung gegeben zu haben. Hansen und Buch schienen die Sache schon vordem vereinbart zu haben. Das ging deutlich aus der Fragestellung des Unparteiischen hervor und aus der Art und Weise der Verhandlung. Die Sache hat sich nur nicht so glatt abgespielt, wie es gewünscht wurde, da ich mich entschieden sträubte, daß wir uns dem Hamburger Ortsarbeitsamt unterordnen sollten. Selbst der Unparteiische mußte nach Anhörung unserer Gründe deren Berechtigung zugeben und machte den Vorschlag, den Bergeborfern ein Ortsarbeitsamt zu gewähren. Das paßte aber Hansen nicht, und nachdem auch Buch als Vertreter der Zentralinstanz sich für kompetent zur Entscheidung erklärte, ist in bekannter Weise beschloffen worden. Dies alles war nur Mache, um die Deffektivität zu täuschen. Die örtliche Organisation ist machtlos, gegen derartige Entschlüsse anzukämpfen. Die Leute in den Tarifämtern machen doch,

was sie wollen. Die Kollegen werden nicht gefragt, es wird einfach diktiert. In dem Augenblick, wo die englischen Werkschaffter aufwachen und sich dem Sozialismus zuwenden, geraten wir in das von ihnen verlassene Fahrwasser bürgerlicher Auffassung und Vertuschung der Massengegenstände. Dieses System muß geändert werden, wenn wir wieder Erfolge erringen wollen. Die Bergeborfer Kollegen haben es immer ausgezeichnet verstanden, ihre Interessen zu verteidigen und die Organisation hochzuhalten; das sollte man uns auch in Zukunft überlassen. Auf die Organisationsleitung und Generalversammlung haben wir keinen Einfluß. Es werden immer Leute vorgeschoben und delegiert, die man haben will. Auf diesem Wege kommen wir nicht weiter. — Darauf sprach der Schriftführer Döttcher: Nicht alles, was der Referent gesagt hat, hat die Billigung der Versammlung gefunden. Wir sind durch schlechte Erfahrungen der letzten Zeit kritischer geworden. Der Worte sind genug gewechselt, aber wir haben keine Taten gesehen. Wenn Tarife abgeschlossen werden auf zentraler Grundlage, müßte es selbstverständlich sein, daß die Vorteile auch zentral verteilt werden. Es ist eine schreiende Ungerechtigkeit dieses Tarifs, wenn er Tausenden von Kollegen Verschlechterungen bringt. Uns hat er nur Verschlechterungen gebracht. Alle schwer errungenen Vorteile der letzten Jahre sind verloren gegangen. Die 2 Pfg. Lohnerhöhung wiegen dies nicht auf, da man uns auf diese Weise 3 Pfg. wieder fortgenommen hat. Unsere Interessen werden in der ärgsten Weise vernachlässigt, sie kommen immer erst in letzter Linie. Nach Monate arbeiten wir schon ohne Tarif. Die Arbeitgeber nutzen die Situation aus. Sie kennen den Tarif seit Anfang an, wir kennen ihn nicht. Die Ursachen dieses unheimlichen Zustandes liegen darin, daß man uns völlig unser Selbstbestimmungsrecht über unsere eigenen Angelegenheiten genommen hat. Die Demokratie ist zum Teufel, die schlimmste Autokratie hat Platz gegriffen. Die Unzufriedenheit über den Reichstaxtarif ist nicht nur in Norddeutschland, sondern auch in Süddeutschland verbreitet. Das System der Tarifämter ist viel zu kompliziert und bürokratisch; sie ähneln den australischen Arbeitsämtern, die immer gegen die Arbeiter entscheiden. Unser Wohl und Wehe wird gänzlich in die Hand von Juristen gelegt, die gewiß den besten Willen haben, aber sich in die Ideen und die Notlage eines Arbeiters nicht hineinversetzen können. Wir befinden uns in einem ähnlich taktischen Konflikt wie die Partei, nur mit dem Unterschied, daß bei uns jedes oppositionelle Wort ängstlich unterdrückt wird, während die Minorität in der Partei Mittel und Wege genug hat, ihre Ideen zu propagieren und zu publizieren. Bedauerlich ist in diesem Konflikt die Haltung des „Vereins-Anzeigers“. Dieser betreibt Massensuggestion, indem er den Reichstaxtarif immer und immer wieder als etwas Unabänderliches in rosigstem Lichte hinstellt, aber sonst grundsätzlich kein oppositionelles Wort in seinen Spalten duldet. Die Mehrseite der Medaille wird den Kollegen nicht gezeigt. Diese Taktik müssen wir bekämpfen. Es muß mehr revolutionäre Energie und politische Klugheit hineingetragen werden in die Massen. Wir gebrauchen überall tüchtige Kollegen, die den Sauerleim im Brei haben müssen. Man darf den Kollegen, die für die Organisation streben, wenn sie mal eine andre Meinung haben wie die Führer, nicht gleich immer die Intelligenz und das taktische Beurteilungsvermögen absprechen. Aus diesem Dilemma müssen wir heraus; die Organisationsleitung muß unsern Wünschen mehr Entgegenkommen zeigen, damit das gegenseitige Vertrauen wieder hergestellt wird, dann nur können wir Erfolge erringen. — Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Kollege Buch weidete sich scharf gegen die beiden Diskussionsredner. Dem Kollegen Döttcher sei es bloß darum zu tun, seine Ansicht herunterzuleitern, behaupten lassen will er sich nicht, weil er vom Gewerkschaftsleben nichts versteht. Man darf unsern guten Willen nicht anzweifeln; dies muß ich mir vom Kollegen Scholl verbitten. Wenn nicht die Zentralleitung das Recht hätte, in solchen Fällen die Entscheidung zu treffen, käme eine örtliche Einigung nicht zustande. Einen Einfluß auf die Delegierten habe ich nicht und auch derartige stets abgelehnt. Die Tarife sind immer Produkte der Konjunktur und realen Machtverhältnisse. Das untre Gewerkschaft versimpelt, ist nicht zu beklagen. — Hierauf wird die Debatte wegen vorgerückter Nachstunde abgebrochen. — Ueber den hiesigen Obermeister Schmidt wird Klage geführt, daß er die Bundesratsvorschriften über die Weigerordnung nicht einhalte. Auf Vorschlag von Buch wird dies der Filiale Hamburg zur zweckdienlichen Regelung überwiesen. — Der Vorsitzende Kollege Scholl gibt noch bekannt, daß die örtliche Regelung vor dem Hamburger Ortsarbeitsamt über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Bergeborf und Meinel erfolgt sei. Diese steht heute noch zur Entscheidung, da die zehntägige Verfunftfrist abgelaufen ist. Nachdem er die wichtigsten Bestimmungen bekannt gegeben, werden sie von den noch anwesenden Kollegen angenommen.

**Gewerkschaftliches und Soziales.**

**Arbeiter, Parteigenossen, Gewerkschaftsmitglieder!**  
Das Anwachsen der Arbeiterbewegung auf politischem wie gewerkschaftlichem Gebiete, das seit dem Nachlassen der Krise in ganz Deutschland in so machtvoller Erscheinung tritt, liegt dem Unternehmertum und den reaktionären Parteien im Reich arg auf den Nerven. In dieser Situation erscheinen den Scharmachern und der Regierung die Unruhen in Moabit geeignet, Wasser auf ihre reaktionären Mühlen zu leiten. „Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie, Streik- und Zuchtstrafgesetze gegen die Gewerkschaften!“ so heulen die bezahlten Scharmacherorgane von der „Post“ bis zur „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, von den „Hamburger Nachrichten“ bis zur „Norddeutschen Allgemeinen“, die jedem Reichskanzler ihr „Stück weißes Papier“ gesinnungslos zur Verfügung stellen. Die Vorgänge in Moabit sind bekannt. Infolge Parteinahme der Polizei für die Streikbrecher und den Unternehmer gegen streikende Lohnarbeiter entstanden gelegentlich der durch berittene Postkisten geführten Kohlentransporte Ansammlungen, bei denen der groß-

städtische Janhagel, der sonst bei Paraden und dergleichen loht, gemeinsam mit einer Anzahl halbwüchsiger Jungen Ill und Rabau machte. Die bekannte Art, in der die Berliner Polizei bei solchen Anlässen eingreift, indem sie förmliche Sezjagden gegen friedliche Zuschauer oder ruhig ihres Weges gehende Arbeiter und Bürger veranstaltet, erbitterte die ganze Bevölkerung der betreffenden Stadtgegend und forderte sie förmlich zu Demonstrationen gegen die Polizeivillfür heraus. Die Polizei trieb es so arg, daß dieselbe Presse, die erst nicht genug tun konnte in Verhimmelungen der Polizei und Schmähung des „Pöbels und Janhagels“, jetzt Tag für Tag von Verboten, Beamten, Arbeitern, Vertretern der Presse Klagen veröffentlichen muß über unglaubliche Ausschreitungen der Schutzleute in Uniform und Zivil.

Trotz alledem liegen die Scharfmacherorgane: In Moabit handelte es sich um den „Anfang der Revolution“, die „Unruhen“ waren von den organisierten Arbeitern vorbereitet. Die Berichte der Polizei selber konstatierten gleich in den ersten Tagen das Gegenteil! — „Die sozialistische Jugendorganisation hat ihre Leute zu den Krawallen kommandiert!“ usw. Eine Schwindelnachricht löst die andre ab!

Man will die Bevölkerung im ganzen Reich mit dem „roten Lappen“ graulich machen! Man will sie in Angst versetzen, um sie den reaktionären Zwecken dienstbar und gefügig zu machen.

Den großen Unternehmern, den Bechen- und Kohlenbaronen sind starke, ruhig wachsende Gewerkschaftsorganisationen ein Grauel, weil solche sie in ihrer schrankenlosen Ausbeutung hindern; den reaktionären Parteien und ihrem Werkzeuge, der Regierung, sind starke sozialdemokratische Organisationen verhaßt, weil diese sie hindern, ihre politische Macht uneingeschränkt zur Schöpfung und Unterdrückung der breiten Volksmassen zu benutzen. Darum ihre ewige Sehnsucht, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen mittels Ausnahmegeetzen zu erwürgen.

Statt eines freien Wahlrechts in Preußen — Streik- und Buchhausgeetze gegen die Arbeiter! Das droht für die nächste Zukunft!

Arbeiter! Diese nichtswürdigen Pläne müssen vereitelt werden!

In Massenversammlungen muß die ganze Bevölkerung aufgeklärt werden über die hinterlistigen Absichten der Scharfmacher.

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß die Polizei bei jedem Streik für die Unternehmer eintritt und durch Massenaufgebot von Polizeiorganen, das angeblich zum Schutze der Streikbrecher dienen soll, die Streikenden hindert, ihre gesetzlichen Rechte auszuüben!

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß die Streikbrecher, die vielfach vorbestrafte, gewalttätige Elemente sind, mit Waffen ausgerüstet werden, mit denen sie die Streikenden und die öffentliche Sicherheit gefährden.

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß Vorgänge, wie in Moabit, deren Ursachen in dem Verhalten der Polizei bei Streiks zu suchen sind, dazu herhalten sollen, die Notwendigkeit von Ausnahmegeetzen gegen Streikende, d. h. gegen die Gewerkschaften, zu begründen.

Nur eine Aenderung des Verhaltens der Polizei bei Streiks wird Krawalle wie in Moabit verhindern. Nicht gegen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, sondern gegen die Uebergriffe der Polizei sind Gesetze notwendig!

Arbeiter! Wir rechnen auf euch! Tut eure Schuldigkeit! Der neue Anschlag der Reaktion muß mit aller Wucht abgeschlagen werden!

Berlin, den 8. Oktober 1910.

Der Parteivorstand.

Die Generalkommission der Gewerkschaften.

Die internationale Vereinigung für geschlichen Arbeiterkämpfe hielt ihre 6. Delegiertenversammlung in der letzten Septemberwoche in Lugano ab. Wie aus dem Bericht des Präsidenten, Regierungsrat Heinrich Scherer, zu ersehen, gehören alle Kulturländer jetzt dieser Vereinigung an. Zur Annahme gelangte ein Antrag, den Schweizerischen Bundesrat zu ersuchen, die Indusriestaaten einzuladen, eine Konferenz zu beschicken, auf der durch Staatsverträge ein Verbot der Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter herbeigeführt wird, sowie der Zehnstundenstag für Frauen und Jugendlichen in Gewerbetrieben festgesetzt wird. Außerdem sollen die Landesregierungen bei ihren Regierungen auf die Verlempfung der Arbeiterkämpfe in Druckluft, auf die Beschränkung der Nachtarbeit Jugendlicher in Wirtschaften, Läden und Bureaus und auf die Abkürzung der Arbeitszeit in gefährlichen Betrieben und Einführung der Achtstundenschicht im Kohlenbergbau hinwirken. Endlich wurde als neue Aufgabe angesehen die Gleichstellung ausländischer Arbeiter in der gesamten sozialpolitischen Versicherung und eine Umfrage über die Kinderarbeit. Die nächste Tagung wird im Herbst 1912 in Zürich abgehalten werden.

Mittrauen läßt zwischen den Arbeitern und ihren Führern das ist die tiefste Beschäftigung der Scharfmacherpresse und ihrer Hintermänner. Diesem edlen Zwecke dient auch ein Artikel des nationalliberalen „Leipziger Tageblatt“, der sich mit dem Entwurf des Arbeiterkammergesetzes beschäftigt. Der Verfasser will die Beobachtung gemacht haben, daß die Gewerkschaft gegen die Wählbarkeit der Arbeiterskretäre in die Arbeitskammer eher zu als abgenommen habe. Und er billigt diese Gegnerkraft, denn mit dieser Wählbarkeit, so schreibt er wörtlich, „erheben sich Gefahren, und

die will man nicht in den Kauf nehmen. Die Freunde der Gewerkschaftsführer und Arbeiterskretäre, die übrigens selbst in der Reichstagskommission sitzen, erklären, die Arbeiter seien in sich unfähig, ihre Interessen selbständig zu vertreten, sie bedürfen der sozialpolitisch und gesetzgeberisch geschulten Organisationsbeamten als Vormünder, damit diese aussprechen, was sie fühlen und wünschen. Entspricht das der Wahrheit, so liegt die Zwecklosigkeit des, immerhin mit Kosten für die Arbeiter, für die Unternehmer und für den Staat verbundenen Unternehmens klar auf der Hand. Kann der Arbeiter selbst nicht zum Ausdruck bringen, was ihm fehlt, so muß noch mit der Errichtung von Arbeitskammern so lange gewartet werden, bis er dazu instande ist. Soll die Einrichtung aber nur eine Gelegenheit für Parteibeamte und Arbeiterführer sein, in halbamtlicher Funktion Gewerkschaftspolitik zu betreiben, so liegt ein allgemeines Interesse zur Erhöhung der Bedeutung jener Persönlichkeiten sicherlich nicht vor. Ihre Anschauungen sind bekannt, für deren Verbreitung braucht eine mit staatlichen Hoheitsrechten ausgestattete Korporation nicht zu sorgen. Die Gefahr ist schon jetzt sehr groß, daß in den Arbeitskämpfen der Gegenwart die sozialdemokratische Bureaucratie, mit der natürlich die Merkale und christlich-soziale den Wettlauf aushalten muß, alle Gewalt an sich reißt, und daß die Arbeiter einfach Massen sind, die von diesen Führern und Strategen hin und her geschoben werden. Die Organisation und straffe Führung hat gewiß ihre Vorzüge, aber sie wird zur unerträglichen Plage und zur öffentlichen Gefahr, wie die Dinge bei uns liegen, wo die Sozialdemokratie mit schonungslosem Terrorismus die sachlichen Gesichtspunkte und Interessen ihrer Machtpolitik unterordnet. In solchen Zeiten und Verhältnissen verstärkt man nicht mit der Gesetzgebung die Stellung der Arbeiterskretäre und Gewerkschaftsführer.“

Man muß hauptsächlich die Raffinerieit bewundern, mit der dieser Eintenkult zu Werke geht. Zuerst stellt er die Arbeiter als unfähige Menschen hin, die nicht instande seien, ihre Interessen selbständig zu vertreten, und dann behauptet er, daß sie keiner Vormünder bedürften, von denen sie sich doch nur nützlich brauchen ließen. In der Tat ist die neudeutsche Sozialpolitik so verwickelt und so schwer verständlich, daß es einem einfachen Arbeiter kaum möglich ist, sich darin zurecht zu finden und sich gegen die darin enthaltenen Fellen und Fuhängeln zu schützen; er ist deshalb genötigt, besondere Vertrauensmänner zu bestellen und zu befehlen, wenn er nicht fortwährend bemogelt werden will. Die Arbeiterskretäre sind also keine Personen, die sich die organisierte Arbeiterschaft des Vergnügens wegen hält, sondern sie sind Wächter, die verhüten sollen, daß die Arbeiter nicht über den Löffel abriert werden. Und wenn solche Personen, die das Vertrauen ihrer Kollegen genießen, in die Arbeitskammern einziehen, so kann das den Arbeitern nur zum Vorteil dienen.

Christliche Doppelzüngigkeit. Die Zeitung des christlichen Holzarbeiterverbandes hält es für angebracht, ihre Leser dadurch über die Nachwehen der schwarzen Steuer- und Zollpolitik hinwegzutäuschen, daß sie die Lage des deutschen Arbeiters über Wohnen, Geld, Arbeit, „Witden wir um uns“, so ruft sie begeistert aus, „so finden wir, daß in keinem Lande Europas fettens der Gesamtheit, des Staates, so viel auf materiellem Gebiete für die Lohnarbeiter getan wurde als im Deutschen Reich. Das ist eine Tatsache, die ehrend für das deutsche Volk und die deutschen gesetzgebenden Körperschaften ist. Mag auch das Arbeiterrecht in anderen Ländern besser ausgebildet sein, auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung steht Deutschland unübertroffen da!“

„Und mögen Kritiker“, so heißt es weiter, „noch so viel nörgeln über die Wenigkeit unserer Arbeiterversicherung, etwas Gleichartiges und Gleichwertiges können sie nicht nachweisen.“ Und nun folgt das übliche Geschimpfe auf die Sozialdemokratie, die nichts kenne, als das Gute herunterreißen und in den Not treten; auf diese Heher, die mit ihren Schimpfereien den Geist vieler Tausende vergifte und die schließlich schuld seien mit ihrem Klassenkampf und Klassenhaß, wenn die Sozialpolitik der Regierungen und Parteien verleidet werde. Dem Einfluß der christlich-nationalen Arbeiterbewegung werde es gelingen, daß Deutschland auch auf dem Gebiete des sozialen Rechts an die Spitze aller Kulturstaaten rücke.

Das christliche Blatt sollte doch mit seinen Ausdrücken etwas vorsichtiger sein und mit den Titeln „Heher und Kritiker“ nicht so vernehmlich um sich werfen. Schrieb es doch selbst in seiner Nummer vom 13. Juli 1907 wörtlich: „Gewerkschaften müssen Kampfesorganisationen sein. Entbehren sie dieses Charakters, so erfüllen sie in der gegenwärtigen Zeit ihren Zweck nicht. Eine solche Erklärung wird hier und da, namentlich in bürgerlichen Kreisen, Anstoß erregen. Mit Unrecht! Prinzipielle Gegensätze können eben nicht ausgeglichen, sie müssen ausgekämpft werden. Es gilt in der Arbeiterbewegung nicht den Kampf zu führen allein gegen die Gewalttätigkeit der Arbeitgeber, sondern der Kampf richtet sich in seinem Endziel gegen alles das, was sich der Gleichberechtigung der Arbeiter auf allen Gebieten unserer Kultur entgegenstellt.“ Und über unsere vielgepriesene Arbeiterversicherung brachte dasselbe Blatt im November 1908 zwei Artikel, worin es sich lustig machte über die Zahlenspieler der Unternehmer, die den Arbeitern die hohe Belastung der Industrie durch die Sozialgesetzgebung vorpiegeln sollten. So etwas könne nur auf „denksaule Leute“ Einbruch machen. Die Industrie, die den Arbeiter ausnutze, habe auch die Pflicht, ihn zu unterhalten, wenn er krank und arbeitsunfähig werde. Und über die Beweggründe der Arbeiterversicherung sagt jenes Arbeiterblatt: „Dieses Wort ist eben kein rühmliches. Die Arbeiterfrage wurde mit jedem Tage brennender. Es mußte etwas geschehen. Und als der Nebel kleinste zog schließlich die Industrie die Uebernahme von verhältnismäßig nicht sehr hohen materiellen Lasten vor, bot aber auf der anderen Seite hilfreiche Hand, um jede freiwillige Bewegung zur Selbstständigkeit innerhalb des Arbeiterstandes niederzudrücken. Zuckerdrot und Weisheit!“

So ohrfeigt sich das christliche Blatt mit eigenen Händen.

Die verkehrte Welt. Wie wunderbar sich in manchen Köpfen die Welt abspiegelt, ergibt sich aus einem Artikel der „Deutschen Sozialzeitung“, den die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ wohnbegnugend nachdruckt: „In unserer Zeit spricht und schreibt man fortwährend von den wirtschaftlich Schwachen, welche durch eine weitgehende Sozialpolitik geschützt werden sollen. Es ist bereits soweit gekommen, daß man den Arbeitern eine Arbeitslosenversicherung geben will, gar nicht zu gedenken der fortwährend steigenden Gehälter der Beamten und der endlosen Vergünstigungen, welche Regierungen und Parlamente diesen Armeen der Festbesoldeten bereits gewährt und noch gewähren wollen. Die Weisheit der Selbständigen im Handel und Gewerbe ist angesichts der Ueberspannung der öffentlichen Lasten und Steuern auf allen Gebieten und infolge der beängstigenden Zunahme der Konkurrenz längst wirtschaftlich schwach geworden. Diese Tatsache öffentlich anzuerkennen, scheuen sich sowohl Parlamente als Regierungen, und so kommt es, daß man für diese staatsökonomisch außerordentlich bedeutungsvollen Kreise nichts übrig hat. Sogenannte kleine Mittel helfen längst nicht mehr. Eine gerechte Sozialpolitik sollte endlich auch hier einsehen und nicht, wie bisher, auf einer Seite die Nie-zufriedenen verhäßlichen und auf der anderen Seite die nährenden Stände übersehen, verbittern und immer weiter belasten. Treibt man diese Politik der Einseitigkeit und man möchte fast sagen, diese Politik der „Furcht vor den Massen“ fort, so werden gar bald die Staatskassen in einer verhängnisvollen Sadasse angelangt sein. Herrscht aber bereits in den nährenden Ständen hochgradige Verbitterung, ist es bereits soweit gekommen, daß die Freude am eignen Gewerbe, die Liebe zur eignen kleinen Scholle verloren gegangen ist, dann, o Staat, wirst du vergebens nach opferfreudigen, patriotischen Helfern in der Stunde der Gefahr Ausschau halten. Die gesunden Säfte sind vertrocknet, die duftigen Blumen geknickt, und nährende Früchte kann man nicht mehr erwarten. Es ist in heutiger Zeit Mode geworden, die Massen zu umschwärmen, mit den Armeen der Arbeiter und Festbesoldeten zu poussieren. Man nimmt dort, wo man endlich anfangen sollte, zu geben, und gibt da, wo man bereits die bösen Folgen des Ueberflusses sieht. Man mache die Probe aufs Exempel. Tatsache ist, daß sich heute bereits neun Zehntel der Theater-, Kongressbesucher aus den Beamtenkreisen rekrutieren. Das größte Besuchskontingent der Vogelweisen und sonstigen Volksfestlichkeiten stellen die Arbeiter und Festbesoldeten. Die Aussprüche der Saalnhaber, daß sie ohne Arbeiterbesuch bankrott wären, sind bekannt. Selbst man die Sommerfrischen durch, kontrolliert man die Wädeln, immer und immer wieder stößt man in der Hauptsache auf die Vertreter der Beamten- und Lehrerschaft. Nur wenige, besonders von den Verhältnissen begünstigte Kaufmanns- und Fabrikantenfamilien trifft man an; die mittleren und kleinen Geschäftsleute sitzen dabelim in Nummer und Not, halten oftmals zwangswelle Ferien, da ihnen durch Konsumversteine und Genossenschaften der Beamten und Arbeiter, ferner durch große Erwerbsgesellschaften aller Art das Letzte Stückchen Brot vom Tische genommen wird. Auf der einen Seite also wachsendes Wohlleben, auf der anderen Seite Verzweiflung und Bitterkeit. Selbst der noch prompt bezahlende, sogenannte besser situlierte Geschäftsmann hält sich in seinen häuslichen Ausgaben immer mehr zurück. Er schränkt seine und seiner Familie Bedürfnisse ein. Will er unter den gegenwärtigen Verhältnissen ehrlich weiter bestehen, so muß er vor allem bei sich selber anfangen zu sparen. Einen anderen Ausweg gibt es nicht mehr. Erholung täte den Geschäftsleuten in ihrem aufreibenden Existenzkampfe mehr not als den Beamten mit geregelter Dienstzeit und verhältnismäßiger Sorglosigkeit.“

Der Artikelstreiter stellt etwas zu hohe Anforderungen an die Dummheit und Leichtgläubigkeit seiner Leser, denen er erzählt, daß sich Beamte und Arbeiter heutzutage besser sehen als die Unternehmer und Kaufleute. Wir wollen die Beamten aus dem Spiele lassen, mit Bezug auf die Arbeiter aber können wir sagen, daß der Artikel auf Schwindel beruht. Uebrigens sieht es ja den Geschäftsleuten frei, Arbeiter zu werden und die Genüsse eines Arbeiters in vollen Zügen auszukosten. Vielleicht macht der Artikelstreiter selbst einmal die Probe.

Ueber die Arbeitsnachweisfrage äußert sich die Mainzer Handelskammer in ihrem letzten Jahresbericht folgendermaßen: „Die Organisation des Arbeitsnachweises ist eine wichtige soziale Aufgabe. Sehr bemerkenswerte Fortschritte sind in dieser Hinsicht schon erzielt worden. Als im Berichtsjahre für den Vergab des Ruhrreviers ein von den Arbeitgebern eingerichteter zentraler Arbeitsnachweis ins Leben trat, ist die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht richtiger sei, geschlichen Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage allgemein zu regeln. Vielfach wurde dies als eine unabwiesbare Forderung hingestellt. Sehr mit Unrecht. Die öffentlichen kommunalen Arbeitsnachweise haben zweifellos ihre großen Verdienste, und ihr Ausbau ist durchaus erstrebenswert. Es steht aber auch fest, daß diese allgemeinen Nachweise in manchen Gewerben und Anstellungsverhältnissen nicht befriedigend wirken, weil ihnen die Möglichkeit einer genügenden Individualisierung und Rücksichtnahme auf besondere Bedürfnisse abgeht. Diesen Vorzug haben die beruflichen Arbeitsnachweise, und zwar haben sich solche sowohl auf Arbeitgeber- wie auf Arbeitnehmerseite bewährt. Ein Beispiel für letztere Art sind die von kaufmännischen Vereinen unterhaltenen kaufmännischen Stellennachweise. Es wäre höchst unangebracht, in diese Entwicklung von Staats wegen einzugreifen und an die Stelle einer gesunden Entwicklung und Konkurrenz die Schablone der „paritätischen“ Organisation zu setzen. Die Aufgabe des Staats auf diesem Gebiete kann nur darin bestehen, die Entwicklung sorgfältig zu überwachen und, wo berechnete Interessen geschädigt werden, schützend einzugreifen, nicht aber gesunde Institutionen einer theoretischen Gleichmacherlei zuzulassen zu vernichten.“

Diese sachgemäße Beurteilung der Frage des Arbeitsnachweises berührt uns so sympathisch, weil man weiß, daß sich im allgemeinen in den Handelskammern ein Scharfmacherium schlimmster Sorte breitmacht.

Eingefandt.

In der Nr. 39 des „Vereins-Anzeigers“ nimmt ein Kollege W., zur Arbeitslosenunterstützung das Wort, um bei dieser Gelegenheit Überzählende mit Schmutz zu bewerfen. Er gibt sich die „Mühe“, die Ursache der schlechten Beteiligung zu untersuchen und glaubt dann die wahren Gründe gefunden zu haben, nämlich: weil der Beitrag nicht hoch genug ist. Wäre dies der Fall, dann könnte dem ja leicht abgeholfen werden. Haben wir nicht schon Arbeitslosenversicherungen, die schon bedeutend günstiger sind? Die Stadt Köln gibt den dortigen Kollegen die Gelegenheit, bei einem Beitrag von 14 Mark 68 Mark Unterstützung zu erhalten und zwar vom dritten Tage der Erwerbslosigkeit an; sie erhalten die ersten 20 Tage pro Tag 2 Mark. Man sollte nun annehmen, daß sämtliche Kollegen, die mit Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, sich versichern würden, aber weit gefehlt. Die Gründe sind doch wesentlich andere, auch die von Rabikalen usw. sind gänzlich hin-fällig. Die schlechte Beteiligung liegt fast nur daran, daß man im Sommer nicht an den Winter denkt und vielfach liegt die Sache auch so, daß die Arbeitslosenunterstützung zu viel Kontrolle notwendig macht. Ich halte eine Kontrolle einfach für selbstverständlich. Wir schaffen doch nicht solche Einrichtungen, damit einzelne Mißbräucher damit treiben können. Auch kann eine Arbeitslosenversicherung nur dann einen Wert haben, wenn sie obligatorisch eingeführt wird. Diese Frage soll wohl auf der nächsten Generalversammlung entschieden werden. Bei allen Einrichtungen in unserer Organisation muß untersucht werden, wie sie auf die Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse wirken. Wir haben doch hauptsächlich die Unterstützungseinrichtungen deshalb eingeführt, um die Kollegen dauernd an die Organisation zu binden. Würde es uns nun möglich sein, eine Arbeitslosenversicherung einzuführen, um die Kollegen in der Arbeitslosenzeit zu unterstützen, dann hätten wir viel erreicht. Wir könnten die Kollegen dauernd an die Organisation binden; diese würden ihren Arbeitgebern gegenüber gestärkt und es würden so schmutzige Sachen, daß sich Kollegen unter dem Tarif-lohn anbieten, seltener werden; auch wären die Kollegen im Frühjahr, wenn es zu einem Kampf kommen sollte, nicht allzu sehr geschwächt. Es kann nun bei uns sehr leicht das Gegenteil eintreffen; es hat sich gezeigt, daß die Organisation noch zu schwach war für einen Kampf auf der ganzen Linie, also muß es Aufgabe der nächsten Generalversammlung sein, die Organisation zu stärken. Der Beitrag muß erhöht werden, die Gelder, die für den Kampf notwendig sind, können nicht für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben werden, auch könnten wir an Unterstützung sehr wenig leisten. Auf der letzten Generalversammlung mußte Zöbner schon erklären, daß die Krankenunterstützung in dieser Form, weil sie zu viel Ausgaben bringt, in der Zukunft nicht gehalten werden könnte. Wo also Geld hernehmen, wenn nicht stehen? Es könnte hier nun sehr leicht der Fall eintreten, daß, wollen wir etwas an Unterstützung leisten, wir vollkommen lahm gelegt würden für einen Kampf. Es sprechen auch sonst noch viele Punkte mit, die jüngeren Kollegen würden im Herbst viel mehr in der Stadt bleiben und nicht versuchen, auf dem Lande Arbeit zu bekommen. Also geben wir uns keinen Illusionen hin; eine Arbeitslosenversicherung in unserer Verfassung nur eine Sparkasse sein. Aufgabe der nächsten Generalversammlung muß sein, Reformen zu schaffen, Mittel und Wege zu finden, daß die Organisation so gestärkt wird, daß wir jeden Kampf aufnehmen können. G. R., Hamburg.

In dem Eingefandt des „Vereins-Anzeigers“ Nr. 39, unterzeichnet mit W., Leipzig, sind schwere Angriffe gegen die hiesige Ortsverwaltung im besonderen und die Hauskassierer, mit Ausnahme des Filialangestellten, erhoben worden. Wir haben uns in einer gemeinsamen Sitzung des Vorstandes und der Hauskassierer mit dieser Sache beschäftigt und sind zu folgender Entschiedenheit gekommen:

1. Solange der Einsender des Eingefandts in Nr. 39 nicht den Mut besitzt, unter seinem Eingefandt seinen vollen Namen zu setzen, damit man einmal sein wahres Gesicht zu sehen bekommt, mit welchem Kollegen man es hier zu tun hat, müssen wir die Vorbelegungen, die gegen uns gerichtet sind, als das bezeichnen, was sie sind, nämlich: beweislose Verdächtigungen, die wir niedriger hängen müssen.

2. Wir hätten ganz bestimmt erwartet, daß die Redaktion, ehe sie die volle Verantwortung für dieses Eingefandt übernimmt, Erkundigungen eingelegt hätte, ob diese Beschuldigungen auf Wahrheit beruhen oder nicht. Da dies aber nicht geschehen ist, müssen wir annehmen, daß die Redaktion mit diesem Kollegen paktiert, indem sie ihm den Raum des „Vereins-Anzeigers“ zur Verfügung stellt und dadurch bewirkt, daß dieser unter dem Deckmantel eines falschen Signums schwere Anschuldigungen gegen Kollegen in die Öffentlichkeit schleudert, die voller Verleumdungen strotzen.

3. Liebt die Redaktion des „Vereins-Anzeigers“ eine sonderbare Praxis, indem sie in Nr. 38 des „Vereins-Anzeigers“ die Polemik über die Hauskassiererfrage für geschlossen erklärt und in Nr. 39 wieder anschneldet.

Der Vorstand und die Hauskassierer der Filiale Leipzig. An m. d. N. e. b. Die Verantwortung für die Eingefandts tragen die Einsender, nicht die Redaktion. Daß der Kollege des Eingefandts in Nr. 39 seinen vollen Namen nicht veröffentlicht wünschte, ist Sache des betr. Kollegen selbst. Das Signum ist kein falsches. Die Ausführungen waren allgemein gehalten; wenn sich einige Leipziger Kollegen dadurch persönlich getroffen fühlen, so läßt das wohl, nach Sabor, tief blicken, aber es stand ihnen doch frei, demgegenüber das Gegenteil festzustellen. Das Eingefandt nahm in der Hauptfache Stellung zur Arbeitslosenunterstützung, die Erwähnung der Hauskassierer war doch vollständig nebensächlich.

Genossenschaftliches.

Die norwegischen Gewerkschafter und das Genossenschaftswesen. Auf dem norwegischen Genossenschaftskongress, der vom 27. Juni bis 3. Juli in Christiania tagte, wurde zur Förderung des Genossenschaftswesens eine Reihe von Beschlüssen gefaßt. Es sollen überall, wo es zweckmäßig erscheint, besondere Ausschüsse ein-

gesetzt werden zur Förderung der Konsumgenossenschaften, und dem Landessekretariat der Gewerkschaften wurden vom Kongress 3000 Kronen zur Verfügung gestellt, um durch Literatur und auf andere Weise jenen lokalen Ausschüssen behilflich zu sein.

Gerichtliches.

Der Gerlichzusammenbruch in der Bremer Bahnhofshalle im November vorigen Jahres, wobei vier Kollegen getötet und einer schwer verletzt worden war, war am 27. September Gegenstand einer Verhandlung vor dem Reichsgericht in Leipzig. Wie wir s. Z. berichteten, war der Zimmermeister, der das Gerlich erbaut hatte, von dem Landgericht in Bremen zu drei Monat Gefängnis verurteilt worden. Gegen das Urteil legte er dann Revision beim Reichsgericht ein, von dem sie jedoch verworfen wurde.

Vom Ausland.

Oesterreich. Reichenberg. Der Lohnkampf dauert hier ungeschwächt fort. Die Unternehmer suchen durch Insuperate Streikbrecher, sodaß wir unsere Kollegen dringend warnen, auf diese Lockpfeile hereinzufallen. Zugun ist strengstens fernzuhalten!

In Wiener Neustadt sind noch die Werkstätten Korb & Leitner und Holzky & Grabeß gesperrt.

Schweiz. Für Maler sind gesperrt: Dossenbach in Baar, Felslin in Zug, Brühmann in Stecborn, Abhoff in Laufenburg.

Technisches.

Patentschau. Vom Patentbureau D. Krueger & Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billigt. Auskünfte frei. Gebrauchsmuster:

- Nr. 9. 434 269. Pinsel mit selbsttätig zufließender Farbe. Alois Wohlfahrt, Marquartstein, Bayern. Ang. 23. 7. 10.
Nr. 75 c. 433 908. Handvergoldapparat für Rollengold. Fa. Ferd. Müller, Dresden. Ang. 8. 7. 10.
Nr. 75 c. 434 077. Farbspritze. Anna Tenzer, Berlin. Ang. 12. 7. 10.
Nr. 75 a. 434 079. Anstreichbrett für Maler beim Streichen von Fußböden usw. Markus Gallet, Dels t. Schl. Ang. 13. 7. 10.
Nr. 75 c. 434 132. Mischbüchse für Farben u. dergl. Carl Gert, Ritzdorf b. Berlin. Ang. 20. 6. 10.
Nr. 75 c. 434 373. Deckanne für Maler. Otto Paul, Dortmund. Ang. 30. 6. 10.

Literarisches.

Das Fortbildungsschulwesen von Julius Bruhns erschien soeben als Heft 11 der unter Leitung von Paul Hirsch herausgegebenen kommunalpolitischen Abhandlungen im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Der Verfasser gibt zunächst einen Überblick über die Geschichte und die Entwicklung des Fortbildungsschulwesens. Daran schließt sich die Erörterung der Aufgaben und Ziele und — nach einer Schilderung der reaktionären Tendenzen — eine Darstellung der gesetzlichen und rechtlichen Grundlagen der Fortbildungsschulen. Für die Gemeindevertreter, für die sie in erster Linie bestimmt ist, unentbehrlich, dürfte die Schrift allen Parteigenossen, ja weit darüber hinaus allen denen, die die hohe Bedeutung des Fortbildungsschulwesens erkannt haben, ein wertvolles Mittel zur Bereicherung ihrer Kenntnisse auf diesem wichtigen Gebiete sein. Preis 1 Mk., Agitationsausgabe 50 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs.

Die Arbeiterfrage von F. A. Lange. Mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Fr. Mehring. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Broschürt 1.50 Mk., gebunden 2.— Mk. Der vorliegenden Ausgabe ist die erste Auflage des Langeschen Buches zugrunde gelegt. Der Herausgeber hat diese erste Ausgabe deshalb gewählt, weil sie am engsten mit den Anfängen der deutschen Sozialdemokratie zusammenhängt und das Bild Langes am freiesten widerspiegelt und weil in ihr das Wesentliche zusammengefaßt ist, was Lange als Sozialpolitiker zu sagen hatte. Obwohl Langes Buch niemals von entscheidendem Einfluß auf den Gang der deutschen Arbeiterbewegung gewesen ist, und trotzdem Lange nie den Boden der bürgerlichen Gesellschaft verlassen hat, sieht ihm doch seine Tätigkeit in der deutschen Arbeiterbewegung in den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ein ehrenvolles Andenken in der deutschen Arbeiterklasse. Aus diesen und anderen Gründen erschien die Aufnahme der Schrift in den Sozialistischen Neudruck geboten. Bei dieser Gelegenheit sei auch auf die früher im Rahmen der „Sozialistischen Neudrucke“ erschienenen Schriften erneut hingewiesen. Wer näheres über die Sozialistischen Neudrucke erfahren will, verlange die kostenlose Zusendung eines Prospektes vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Die Schriften sind durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Der Deutsche Bauernkrieg von Friedrich Engels. Mit Einleitung und Anmerkungen. Preis Broschürt 1.50 Mk., gebunden 2.— Mk.

Gesammelte Schriften von Wilhelm Wolff nebst einer Biographie Wolffs von Friedrich Engels. Mit Einleitung und Anmerkungen. Preis Broschürt 1.50 Mk., gebunden 2.— Mk. Wer näheres über die Sozialistischen Neudrucke erfahren will, verlange die kostenlose Zusendung eines Prospektes vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Die Schriften sind durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Kinderlegen und kein Ende? Von Dr. Fritz Brupbacher in Zürich. Neue und vermehrte Ausgabe, 50 Seiten. Preis 50 Pf. Verlag von G. Vitz & Co. m. b. H. in München. — Die Verteuerung aller notwendigen Bedürfnisse und die Schwierigkeiten der Lebenshaltung bieten den deutschen Arbeitern genügende Veranlassung, sich mit dem in der Schrift dargelegten Standpunkt sowie den Ratschlägen des Züricher Arztes und Parteigenossen zu beschäftigen.

Die Neuauflage enthält nicht nur eine Widerlegung der von parteigenösslicher Seite erhobenen Einwände gegen die Ansichten des Verfassers, sondern bringt auch neues volkswirtschaftliches und statistisches Material zu ihrer Begründung. Alle diejenigen, die die Last des

„Kinderlegens“ täglich zu spüren haben, dürften aus der Schrift nicht nur praktische Lehren ziehen, sondern auch ihre Kenntnisse über den Zusammenhang der Bevölkerungsfrage mit den sozialen Mißständen erweitern.

Verband deutscher Gastwirtschaftlichen. Protokoll über die Verhandlungen des 6. Verbandstages zu Berlin vom 24. bis 28. Mai 1910. Preis 50 Pfg. Verlag G. Poesch, Berlin N. 24.

Zentralverband der Schmiede. Protokoll der 12. Generalversammlung, abgehalten vom 22. bis 28. Mai 1910 in München. Preis für Mitglieder 10 Pfg., für Nichtmitglieder 1 Mk. Verlag von Fr. Lange, Hamburg 1.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Protokoll des 10. Verbandstages in Halle a. S. vom 7. bis 12. August 1910. Preis 15 Pfg. Verlag von A. Weyh, Hannover.

Protokoll vom 2. Internationalen Kongress der Bäcker und Konditoren. Abgehalten am 26. und 27. August 1910 zu Kopenhagen. Verlag von D. Almann, Hamburg 1.

Arbeitersekretariat und Gewerkschaftsstatistik für Bremerhaven u. U. Geschäftsberichte für das Jahr 1909. Verband der Kupferschmiede Deutschlands. Protokoll der Verhandlungen der 7. Generalversammlung, abgehalten vom 28. März bis 2. April 1910 in Wannheim. Preis 20 Pfg. Verlag von F. Saube, Berlin N. 4.

Zentralverbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter Deutschlands. Tarifverträge im Baugewerbe 1909. Herausgegeben von den Vorständen der Maurer und Bauhilfsarbeiter, Hamburg.

„Die Lese“, literarische Zeitschrift für das deutsche Volk, herausgegeben von Th. G. H. und G. M. J. net, Verlag „Die Lese“, München, Rindermarkt 10, legt uns ihre beiden neuesten Nummern vor, die wiederum beweisen, wie ernst es diesem Unternehmen darum zu tun ist, dem deutschen Volk durch Darbietung eines hervorragenden guten und dabei erstaunlich billigen Lesestoffes einen höchst schätzenswerten Dienst zu erweisen. Wer einmal diese billigen inhaltreichen „Lese“-Hefte (Quartalspreis bei freier Zustellung 1.50 Mk., Jahrespreis einschließlich zweier Bücher 6 Mk., Probenummer gratis) kennen gelernt hat, der wird sie in seinem Hause nicht mehr entbehren wollen. Mit jedem Quartal werden neue eigenartige Prämienauslosungen eröffnet, die so einfache Bedingungen haben, daß mit Leichtigkeit jedermann eine Prämie gewinnen kann. Auf solche Weise werden die Abonnenten zu tätiger Mitarbeit an der „Lese“ herangezogen, und jeder kann dazu beitragen, den besten Stoff aus der bestmöglichen Literatur aller Zeiten und Völker für die Lese zu sammeln; das ist eine im Volkswirtschaftswesen ganz neue Einrichtung, die außerordentlichen Anklang gefunden und die „Lese“ zu einem Volksblatt im wahrsten Sinne des Wortes gestempelt hat. Wer dieses Blatt, das überdies positive Arbeit gegen das Ueberhandnehmen der Schundliteratur leistet, noch nicht kennt, der säume nicht, zum neuen Quartal zu abonnieren.

Sterbetafel.

Hokad. Am 29. September starb unser Kollege Wilh. Wittke, 30 Jahre alt.

Chre seinem Andenken!

Vereinstell.

Bekanntmachung.

Bericht der Hauptkasse vom 4. bis 10. Oktober. Eingefandt wurde für die Hauptkasse: Rrier 79.14, Regensburg 91.55, Coburg 33.65, Lüneburg 109.70, Sonderburg 92.15, Altenburg 207.15, Glauchau 251.05, Chemnitz 72, Landberg 265.45, Neumünster 247.80, Wilhelmshaven 817.20, Meuselwitz 88.05, Erzmittelschau 324.55, Bernburg 153.60, Prenzlau 239.25, Straßburg 219.08, Göttingen 138, Oberstein 72.42, Kiel 15.30, Celle 210.30, Braunschweig 855.72, Magdeburg 1000, Rowawes 243.60, Potsdam 310.11, Erfeld 277.80, Dessau 367.70, Kiel 329.17, Danzig 800, Weißwasser 145, Forst 104.25, Schleswig 167.70, Meerane 183.15, Falkenstein 239.15, Konstantz 133.90, Hamburg 150.65, Zwickau 436.91, Swinemünde 25, Hilbersheim 537.55, Waldenburg 235, Adälin 178.95, Rempfen 227.10, Wschersleben 163.60, Quisburg 208.25, Rostock 152.90, Oranienburg 125.30, Rathenow 175.90, Breslau 2058.05, Quedlinburg 75.75, Posen 400, Sorau 134.50, Weiba 102.20 Mk.

Für den „Vereins-Anzeiger“: Rrier 2.40, Meuselwitz 1.60, Göttingen 0.80, Oranienburg 1 Mk.

Material wurde versandt: B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken. D. = Duplikatmarken. A. = Kalender. Br. = Broschüren. Pr. = Protokolle. M. M. = Marken-Mappen. F. = Futterale. Breslau 400 B. a 60 S., 6000 B. a 25 S., 50 C., 2 Pr. a 60 S.; Dessau 2000 B. a 20 S., 20 C.; Falkenstein 400 B. a 50 S., 400 B. a 20 S.; Hoverswerda 100 B. a 55 S., 100 B. a 20 S., 10 C., 5 D.; Rempfen 400 B. a 60 S., 400 B. a 25 S., 15 F.; Rowawes 800 B. a 60 S., 1200 B. a 20 S.; Prenzlau 400 B. a 20 S.; Schleswig 400 B. a 60 S.

G. Wentker, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbetafel

der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands

(Eingeschriebene Statistik Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 2. bis 8. Oktober.

Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingefandt von Ulmer-Zubligshafen a. Rh. 100 Mk., Landenbach-Ausbach 130, Freitag-Wilmersdorf 100, Sommer-Hamburg 150, Eggert-Flensburg 120, Schreiner-Freiburg i. Baden 100, Rudolph-Mannheim 200, Müller-Lüneburg 90.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgehandelt an Jansen-Bismarck i. W. 50, Abrecht-Bernau (Mar) 60.

Krankengelder erhielten: Buchn. 24318 C. Spielmann in Cassel 13.50, Buchn. 24388 R. Fybe in Cassel 13.50, Buchn. 14936 M. Bäh in Volgast 9.—, Buchn. 5505 R. Bohmann in Cassel 13.50, Buchn. 7899 J. Hartmann in Hohenheim a. Taunus 38.25, Buchn. 24460 F. J. Schaber in Worms 13.50, Buchn. 33586 G. Schaeel in Berlin 20.25, Buchn. 5479 G. Sprenger in Cassel 13.50. S. H. Wulle, Hamburg 22, Schmalenbenderstr. 17.

# Anzeigen.

**Malerschule Buxtehude**  
Grösste Schule für Dekorationsmaler.  
1907 wieder goldene Medaillen und  
Ehrenpreise.  
Prosp. gratis durch die Direktion.

**Ausstellung von Schülerarbeiten**  
am Sonntag, 9. Okt. 1910, von 11-4 Uhr.  
**Abendunterricht** in Holz- und  
Marmor-malen  
pro Monat Mark 10.—  
Prosp. gratis. G. D. Hintze, Hamburg, Mittelstr. 79.  
Wiederbeginn am Freitag, den 14. Oktober.

**Malerschule in Hameln**  
Bez. Hannover, (unter staatlicher Aufsicht).  
Hauptfächer: Dekorations-, Schriften-, Holz-  
und Marmor-malerei. Anerkannt bedeutende  
Erfolge durch das besttätigte Fachlehrerpersonal.  
Gelehrte Lehrkräfte. Frequenz  
im W./S. 1909/10 70 Schüler.  
Prosp. umsonst b. d. Schulleitung C. Nordmann.

**Schule für Holz- u. Marmor-malerei**  
Gustav Bendfeldt, Düsseldorf  
Kruppstrasse 111, III.  
Anmeldungen zu jeder Zeit.

**Malerschule**  
für Holz- und Marmor-malerei sowie  
Kammzugtechnik  
A. Pritschau Wwo, Sammelburg (Bayern)  
Beginn des Kurzes 15. November bis 1. März.  
1. Preise. Prosp. gratis.

**Schule für Holz-u.  
Marmor - Malerei**  
**M. NABEN**  
Düsseldorf  
Gegründet 1896

Prämiiert mit höchsten Auszeichnungen und  
Medaille. — Von mir ausgebildete Schüler  
erhielten erste Preise und Medaillen.  
Semester vom 1. November bis 1. März.  
Auf Wunsch 8 Tage Probe-Unterricht gratis.

**Malerschule zu Bremerhaven**  
von  
C. H. Dreier Grabenstraße Nr. 22

Schule für Dekorations-Malerei, Holz  
und Marmor, Schriften. Prospekte  
gratis und franko. Wintersemester  
vom 1. November bis 31. März.

Ornament, Blumen, Figur  
15. Okt. **Malerschule Schütt** Illustr.  
bis WILHELMSHAVEN, Prospekt  
15. März in Fachkreis, als erstklassig bekannt. gratis  
(Grosses neuerbautes Atelier.)  
Holz und Marmor.

Nur 1 Mark (Porto 20 Pfg. extra)  
anstatt 4 Mark kostet jetzt das Werk:  
**Blumenschule.**  
Leichte Vorlagen für den Selbstunterricht  
(Umrissblätter zum Ausmalen, Zwischen-  
stufen, Untermalung und Schattierung).  
16 Tafeln und Text von J. Höppner. Vorrat  
gering. Deshalb umgehende Bestellung er-  
forderlich. E. Haberland, Leipzig-R. 101.

**Gratis und franko**  
erhalten Sie d. künstl. reich ill. Prospekt d.  
Neuen  
**prachtvoll. Schülerarbeiten**  
vom kunstgewerblichen  
**Institut für Maler**  
(erste schweiz. Malerschule)  
**H. Schmid-Engweiler, Zürich**  
Porto n. d. Schweiz f. Briefe 20, Karten 10 Pf.

**Abend- und Tages-Kursus**  
in Holz- und Marmor-malen  
Montags, Mittwochs, Freitags abends und  
Sonntags, Monat 11 Mk. (am Tage 16 Mk.)  
**Schrift und moderne Maltechniken**  
4 Mk. monatlich (Speziallehrer)  
A. Clauss, Altona, Allee 223, nahe Flora.

**Malerschule zu Hamburg**  
Wilhelm Schütze, Beim Strohhause 12  
Reich illustr. Prospekt gratis  
**Schriftmalen**: Abends: Dienstags } 7-10 Uhr } monatlich  
Sonntags: Freitags } von 9-12 Uhr } Mk. 6.—

**Die Leistungsfähigkeit** meiner Schule wird besonders dadurch ge-  
kennzeichnet, dass nachstehende Herren, nach-  
dem dieselben eine hiesige Spezialschule besucht hatten, sich noch zur weiteren Ausbildung  
an mich wandten:  
Herr Georg Rosberg, Hamburg, Lehrer an der Altonaer Kunst- und Gewerbe-  
schule, Altona. Herr Claus, Hamburg, Schule für Holz und Marmor. Herr Georg  
Hintze, Hamburg, Schule für Holz und Marmor. Herr H. Muus, Hamburg, Schule für  
Holz und Marmor. Herr Pries, Berlin, früher Lehrer der Handwerkerschule in Berlin.  
Bei den Ausstellungen in Kopenhagen sowohl als auch in Aarhus sind die Zeitungen  
voll des Lobes gewesen. Die „Aarhuser Malerzeitung“ schreibt: Die Arbeiten von  
**C. Christen in Hamburg** sind so vorzüglich, dass dieselben eine Sehenswürdigkeit  
bilden. Die Arbeiten erhielten ausserdem 1910 noch höchste Auszeichnung in Nordhausen  
1. Preis, silb. Medaille; Schwerin 1. Preis und Kiel 1. Preis.  
Jeder Maler kann sich von der Güte meiner Imitationen überzeugen; dieselben sind  
bei Herren Gebr. Borgstedt, Lindenstr. 21, Hamburg, i. Laden u. i. Schaufenster ausgestellt.  
**C. Christen, Hamburg, Ifflandstr. 67.**

**Aufklärung!**  
Auf alle die bekannten Aeusserungen der Firma Fr. Weiers-  
hausen & Co., Hamburg, Lindenstr. 19, vom 1. Oktober d. J.  
(man vergleiche nur die früheren diesbezügl. Inserate und Aufklärungen  
dieser Firma im „Vereins-Anzeiger“ von 1907-1910) hier näher einzugehen,  
halte ich für überflüssig.  
Wohl aber empfehle ich dieser Firma auf ihr Angebot, 3 oder noch  
mehr ihrer minderbegabten Schüler, und zwar ohne mein Wissen nach  
meiner Schule zu entsenden, und hoffe ich, dass dieses geschieht, um  
dem Inhaber Herrn W. abermals beste Beweise zu bringen.  
Auch auf das Inserat im „Vereins-Anzeiger“ vom 8. Oktober d. J.  
von der Fa. W. & Co. will ich hier nicht näher eingehen, da ich hoffe,  
dass die Firma selbst baldigst über „Die grossen Erfolge“ bezw. über  
die höchsten Preise ihrer Schülerleistungen vom letzten Semester  
(1909/10) genaue Aufklärung geben wird.  
Da Herr Weiershausen jetzt auf den in ca. 4 Jahren erworbenen guten Ruf meiner  
Schule anscheinend beabsichtigt, einen Ruhm für sich in Anspruch nehmen zu können,  
bemerke ich (als früherer Schüler von 1899/1900), dass Herr W. hierzu recht wenig  
Grund haben dürfte, was meine Arbeiten von damals, die ich noch besitze, am besten  
beweisen sollen, indem ich dieselben nunmehr in meiner Schule für alle Interessenten  
und Schulfreundlichen zur freien Besichtigung anbringen werde.  
Zum Schlusse meiner Aeusserungen erkläre ich, dass diese Angelegenheit hier-  
durch für mich endgültig erledigt ist und ich auf weitere Aufklärungen oder ähnliches  
nicht mehr erwidern werde.  
Schwerin, den 15. Oktober 1910.  
**Fr. Schott** Spezialschule für moderne Holz-, Marmor- und Schwerin i. M. 5.  
Schriftmalerei u. für zeitgemässe Maltechniken  
NB. Jeder, auch Nichtreflektant, verlange den neuen illustr. Prospekt (Buch-  
form) mit Schülerarbeiten von 1910 nebst Beilage: „Warum nur 1 Monat  
Unterricht bei Fr. Schott“ gratis und franko von obiger Adresse. D. O.

**1. Bergische Spezial-Fachschule für Holz- und  
Marmor - Malerei** Carl Reichenberg & Remscheid (Rhld.)  
Inhaber vieler Ehren-Diplome, Medaillen und 1. Preise  
6 Schüler erhielten 1909/10 wieder höchste Auszeichnungen:  
Ehren-Dipl., Geld-, Kammer- u. Staatspreise etc. auf Ausstellungen  
zuerkannt. Ständig grösste Erfolge. Malertag Nordhausen 1910 wieder 1. Preis.  
Man verlange die reich illustr. Prospekte umsonst. Wintersemester 1909/10 48 Schüler.  
Garantie für jede Ausbildung. Leiter der Kurse der organisierten Gehilfenschaft.

**Erst. Kölner Fachschule**  
Holz- und Marmor-malerei  
Neuzeitliche Techniken  
**G. HAAE COLN**  
MEHRFACH PRÄMIERTER SCHÜLERARR  
FACHAUSST. HOHEN AUSZEICHN.  
Leistungs-Priv. Schule in Plätze  
ANFANG NOVEMBER

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma  
über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren.  
Prospekt über das rühmlichst bekannte  
**Mahlers Fondin**  
versendet gratis und franko  
Mahler & Co., Bamberg II

**Die grossen Erfolge**  
welche unser Institut auch im letzten Semester zu verzeichnen hatte, bestehen darin,  
dass die Leistungen unserer Schüler auf verschiedenen Malertagen die höchsten Preise  
erhielten und heute schon zwei Herren die Berechtigung zum Einjährigen-  
Dienst erlangten.  
**Schule für Holz- und Marmor-malerei und moderne Techniken von**  
**Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5**  
Lindenstrasse 19.  
Unterricht vom 15. Oktober bis 15. März. Man verlange Prospekt.

**Detmolder Malerschule**  
für Dekoration, Holz und  
Marmor etc. Prospekt frei.

**Malerschule**  
Heilbronn a. N.  
Leitung: P. Kapell  
4 Lehrer. Prospekt gratis.

**Malerschule Gotha**  
Mäßiges Schulgeld.  
Letzte Auszeichnungen:  
Staatspreis Gera 1909  
Gold. Medaille Nordhausen 1910  
Prosp. d. d. Schulleitung P. Teichgräber.  
Neu: Holz- und Marmor-Unterricht.  
50 bunte Malvorlagen Mk. 6.—  
Landschaften, Blumen, Frucht- und Seestücke etc.  
Ph. Brühl, Gießen i. Westf.

**Mod. pratt. Schriftenheft**  
1.50 Mk. und 80 Pfg., ferner Verteilung  
zum Schrifteinteilen von 20 bis 70 Mk.,  
Schriftenheft mit 100 veröff. Schriften von  
Reiche 2.50 Mk., 20 Dekuben 4 Mk.,  
Malerkisten und Malerleiber billig.  
**P. Steet,**  
Würnberg, Ob. Würthstr. 12

**Zentrum**  
treffen Sie, wenn Sie  
unsere Oelporträts nach ir-  
gend einer Photographie ver-  
grössert, künstlerisch nach  
patentiertem Verfahren her-  
gestellt, an das Publikum  
zu 27.50 bis Mk. 100.— ver-  
kaufen. Jeder Mensch hat  
gern ein Oelbild von dem  
ihm Nahestehenden. Wir  
liefern Ihnen sprechend Ab-  
liche Oelporträts 30/40 cm  
zu Mk. 10.—, andere Gröszen  
zu anderen entsprechenden  
Preisen.  
Einkauf Mk. 10  
Verkauf Mk. 27.50 bis Mk. 100.—  
**R. Swierzy, G. m. b. H., Berlin S 42,**  
Oranienstrasse 70.  
— Näheres gratis und franko. —

**Maler - Mäntel,**  
beste Qualität mit schrägen Taschen und  
Umlegekragen. Nur eigenes Fabrikat.  
110 120 130 140 cm lang  
jezt 2.90 3.10 3.25 3.40 Mk  
Hosen 2.— Mk., Mützen 40 S., reinleinene  
Militär-Drell-Hosen und -Jacken a 3.— Mk.,  
Extra-Gröszen 3.30 Mk. II. Qual. 25 % billiger.  
Wir bitten Oberweite und Schrittlänge  
anzugeben.  
**D. Wurzel & Co., Berlin,**  
Brüdenstrasse 13, I.

**Maler-Mittel**  
Jacken, Hosen, Mützen, Schuhe usw.  
Kaufen Sie am besten und billigsten in  
dem grössten Spezial-Geschäft für  
Berufsbekleidung  
**Köhnen & Jöring, Berlin,**  
Hauptgesch. u. Versand Alexanderstr. 12  
Berl. Sie freie Zusendung unserer Preisliste

**Bieding's**  
**Maleranzug**  
„In Einem“  
D. R. G. M.  
Unverwundlich in Zweckmäßig-  
keit und Billigkeit.  
Vollkommenster Anzug  
der Welt.  
Generalvertrieb für  
Deutschland:  
**George Evans**  
Gruststr. 12  
Hamburg.

Jeder Fachmann kauft seine Arbeits-  
kleidung direkt im Spezialgeschäft von  
**Ad. Wecker, Berlin C., Mühlendamm 3,**  
überzeugen Sie sich durch Probe-Auftrag.  
Nur 1a Stoffe u. Verarbeitung. Preisliste frei

**ORIGINAL** Grösstes  
**M. Mosberg** Spezial-Haus  
BIELEFELD Deutschlands  
Bestbewährte  
**Kleidung für**  
**Maler**  
**Lackierer etc.**  
Direkter Versand ab  
Fabrik an jedermann. —  
Preislisten gratis. Ver-  
kaufsstellen in fast allen  
Orten, kenntlich durch  
nebenstehendes Plakat.

**M. Mosberg & Bielefeld**  
Spezialfabrik für Berufsbekleidung.  
**Zur Beachtung!** Meine echten, weltberühmten  
Fabrikate haben alle neben der bekannten Schutzmarke  
den Namen „Original M. Mosberg“ eingnäht, was  
Sie sich bei jedem Einkauf unbedingt zeigen lassen  
wollen. Garderoben ohne diese Marke sind nicht von mir.  
Der heutigen Nummer liegt die Nr. 40 des  
Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten  
unserer Filialen bei.  
Für die Redaktion verantwortlich M. Marx,  
Hamburg, Schmalenbenderstrasse 17.  
Verlag von S. Wentker, Hamburg 22.  
Druck von Friedrich Meier, Hamburg 23.